



April 2020

thüringer zeitschrift der Bildungsgewerkschaft



Demokratie an Schule: Dürfen Thüringer Schüler*innen mitbestimmen?

www.gew-thueringen.de

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Thüringen



Inhalt

Seite

Zur aktuellen Lage in Thüringen: Prioritäten im Landeshaushalt 2021	1
--	---

DEMOKRATIE AN SCHULE: DÜRFEN THÜRINGER SCHÜLER*INNEN MITBESTIMMEN?

Aus der Redaktion	2
Mehr Mitbestimmung im Schulgesetz	3
Bundesländervergleich	
Schülermitbestimmung	4
Studie zur Schülerpartizipation	7
Sozialkunde stärken? Bildungsminister Helmut Holter im Interview	9
Gastbeitrag der Landesschülervertretung	11
Demokratiebildung an Berufsschulen	13

SOZIALPÄDAGOGIK

Gesichter der GEW: Claudia Herda	14
GEW-Fachtag "Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung"	15

AKTUELLES

Eine Nachbetrachtung auf den 5. Februar	17
Causa Kemmerich: die Ministerpräsidentenwahl	18
Aus dem Leben eines Freiwilligen, Teil 4	19

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT

Einladung: Gesundheitswochenende	20
Einladung: Die GEW (neu) entdecken	21
Seminar Neue Rechte	21
Veranstaltungshinweis Politische Bildung	22
Veranstaltung: Gewalt an Schulen	22

GEW VOR ORT

Neues aus den Kreisen	22
Jubilare	U3



Im März 2020 erhält den LesePeter das Sachbuch:

Warum gibt es uns?

Johan Olsen

Bereits mit dem Buchtitel wirft der Autor eine spannende Frage auf und versucht, sie auf humorvolle Art kinderleicht



Beltz & Gelberg,
Weinheim 2019
138 Seiten
16,95 €
ab 10 Jahren
ISBN:
978-3-407-75468-4

zu beantworten. Dabei fließen neueste wissenschaftliche Erkenntnisse ein. Vom Urknall bis zu uns erläutert Johan Olsen mit spürbarer Begeisterung alles, was man braucht, um eine Welt zu erschaffen. Einsteins Relativitätstheorie erklärt er äußerst plausibel mit dem Bauch einer dicken Katze, die Schwerkraft mit einer Sahnetorte. Ein Buch, das auf jeden Fall in Erinnerung bleibt.



Im April 2020 erhält den LesePeter das Bilderbuch:

Ausflug zum Mond

John Hare



Moritz Verlag,
Frankfurt am Main 2019
48 Seiten
14,00 €
ab 4 Jahren
ISBN:
978-3-89565-381-0

Dieses Bilderbuch erzählt eine fantastische Geschichte ganz ohne Worte. Passend zum Jubiläumsjahr 50 Jahre Mondlandung wird ein hypothetisches Zukunftsszenario entworfen, das einen schulischen Ausflug zum Mond für Kinder thematisiert; mit überraschendem Verlauf.

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.ajum.de (LesePeter) abrufbar.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Thüringen · Heinrich-Mann-Straße 22 · 99096 Erfurt
Tel.: 03 61 - 5 90 95 0 · Fax: 03 61 - 5 90 95 60

E-Mail an die Redaktion: tz@gew-thueringen.de

Die tz erscheint in den Monaten Februar, April, Juni, September, Oktober und Dezember. Der Bezugspreis für die tz beträgt ab 01. Januar 2013 für Nichtmitglieder 3,10 Euro pro Einzel exemplar zzgl. Porto, das Jahresabo (6 Hefte) 16,80 Euro zzgl. Porto. Das Jahresabonnement kann drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt werden. Erfolgt bis zu diesem Zeitpunkt keine Kündigung, wird das Abo um ein Jahr verlängert.

Die Lieferung erfolgt gegen Vorkasse an die GEW-Wirtschaftsdienst GmbH, DKB Bank Berlin, Kto.-Nr.: 1005400559, BLZ: 12030000. Die Abo-Gebühr für Mitglieder der GEW Thüringen ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redakteure. Die Beschlüsse des Vorstandes sind verbindliche GEW-Meinungen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor.

Manuskripte und sonstige Zuschriften für die Redaktion der thüringer zeitschrift (tz) werden an die Adresse der Geschäftsstelle erbeten.
Einsendeschluss für Beiträge ist immer der 10. des Vormonats.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Michael Kummer
Redaktionsschluss: 10.03.2020 · Layout, Satz, Druck: Loreen Scheit · PROOF Druck- und Medienproduktion
Gustav-Tauschek-Straße 1 · 99099 Erfurt · Tel: 03 61 · 57 6666 9
E-Mail: info@proof-ef.de · Internet: www.proof-ef.de
Bildnachweis Titelseite: GEW - Alexander Paul Englert
Gültige Anzeigenpreisliste vom 01.01.2020

Zur aktuellen Situation in Thüringen

Prioritäten im Landeshaushalt 2021

Seit dem 4. März 2020 hat Thüringen eine funktionsfähige Minderheitenregierung, alle Ministerien sind besetzt und arbeitsfähig. Bildungsminister Helmut Holter, zuständig für Bildung, Jugend und Sport, ist wieder im Amt ebenso wie Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee. In beide Ministerien sind neue Staatssekretär*innen berufen wurden: Julia Hellen Heesen für das TMBJS, Carsten Feller für das TMWWDG. Heike Taubert bleibt Finanzministerin, Georg Maier Innenminister. Ihnen und uns wünschen wir gute Zusammenarbeit.

Mit der Wiederwahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten ist ein Stabilitätsmechanismus mit der CDU-Fraktion verbunden, welcher festlegt, dass Gesetze nicht von der Zustimmung der AfD-Fraktion abhängig sind und Schwerpunkte der politischen Agenda festhält, die bis zur geplanten Neuwahl am 25. April 2021 umgesetzt sein sollen. Das wohl wichtigste Projekt ist die Aufstellung des Landeshaushalts für das Jahr 2021. Dieser muss den Spagat

schaffen zwischen Projekten der r2g-Minderheitsregierung und Plänen der CDU-Fraktion, die teilweise andere Themen setzt.

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Thüringen hat intensiv beraten, welche Maßnahmen dringend geboten sind. Es geht um viel Geld, aber vor allem geht es um ein Paket, das nur in seiner Gesamtheit hilft, die Beschäftigungsbedingungen attraktiver zu gestalten. Eine Priorisierung, wie sie verständlicherweise eingefordert wird, ist daher schwer bis unmöglich.

Die zentralen Forderungen der GEW Thüringen im Überblick:

Schule
Der Stellenabbaupfad muss beendet werden. Ein weiteres Aussetzen des Stellenabbaupfades verhindert zukünftig die bedarfsgerechte Stellenausstattung, da zusätzliche Lehrkräfte dann nur über befristete Einstellungen realisiert werden.
Anhebung der Beschäftigungsumfänge für Horterzieher*innen auf mindestens 80 Prozent zum Beginn des Schuljahres 2020/21 und weitere Untersetzung des Ersatzbedarfes im Stellenplan ab dem Haushaltsjahr 2021.
Stellenmäßige Untersetzung und Finanzierung der Personalreserve für Lehrkräfte, Sonderpädagogische Fachkräfte und Erzieher*innen, auch in den nachgeordneten Behörden. Hierzu zählt die personelle Absicherung des Gesundheitsmanagements.
Sofortige Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Stellen in Schule und Verwaltung , die sicherstellt, dass alle, die ein Beschäftigungsverhältnis im Thüringer Schuldienst wünschen, auch erhalten.
Zügige Hebung der Grundschullehrkräfte in A13/E13 , um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern bestehen zu können.
Absicherung der Lehreraus-, fort- und -weiterbildung am ThILLM, in den Studienseminaren und in den Schulen , durch die höhere Anzahl von Lehramtsanwärter*innen, den gestiegenen Einsatz von Seiteneinsteiger*innen und deren notwendigen Nachqualifizierung sowie für die Weiterentwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität.
Kita
Die Finanzierung der praxisorientierten Ausbildung von Erzieher*innen hat der Thüringer Landtag in seiner letzten Sitzung beschlossen. Entscheidend ist, dass die dafür benötigten Mittel auf Dauer zur Verfügung stehen.
Eine weitere Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation ist dringend geboten, der drohende Fachkräftemangel auch in den Kindergärten muss durch adäquaten Ersatz und höhere Personalausstattung für die qualitative Verbesserung begegnet werden.
Hochschule
Reduktion der Lehrverpflichtung für Lehrkräfte für besondere Aufgaben auf 16 Lehrerwochenstunden unabhängig von der Hochschulart. Durch die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft sowie neue Lehr- und Lernformen ist die Reduktion der Lehrverpflichtung ein wichtiger Schritt zur Qualitätssteigerung..
Reduktion der Zahl der Lehraufträge und Übernahme der Lehrenden in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse. Derzeit wären 288 Lehrkräfte für besondere Aufgaben (in VZÄ) notwendig, um die Lehre in regulären Beschäftigungsverhältnissen zu erbringen. Die Reduktion der prekären Beschäftigung ist damit mehr als angezeigt.
Anhebung der Vergütung von Assistent*innen. Im Rahmen einer tarifvertraglichen Regelung oder einer Rahmendienstvereinbarung muss eine Erhöhung um 2 Euro die Stunde vereinbart werden.
Erwachsenenbildung
Förderung einer halben Personalstelle (E11) für die politische Bildung beginnend mit 2021 in allen 39 Einrichtungen der Erwachsenenbildung.
Steigerung der Zuweisungen an VHSen, Freie Träger und HVHsen um 13 % aufgrund gestiegener Unterrichtskosten und der im Erwachsenenbildungsgesetz verankerten Tarifsteigerungen.
Weiterführung der Finanzierung von Digitalisierungsprojekten der Einrichtungen und Erhöhung der Mittel um 15 % gegenüber 2020.

Grob gerechnet kostet dieses Maßnahmenpaket für Bildung und Wissenschaft rund 190 Millionen, wobei etwa 80 Millionen Euro für die Entfristung benötigt würden und es sich damit um Geld handelt, das faktisch bereits verausgabt wird. Die Gespräche mit der Koalition und der Opposition haben dazu bereits begonnen.

Demokratiebildung durch Mitbestimmung

Ich schreibe oft davon, dass GEWERKSCHAFTEN sich nicht ausschließlich um bessere Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen kümmern dürfen, dass sie nicht unparteiisch gegenüber Werten sind und sich gute Arbeit nur im Kontext eines guten Lebens für alle denken und gestalten lässt. Der Tabubruch am 5. Februar im Thüringer Landtag hat deutlich gezeigt, dass die Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern immer wieder verteidigt und Mitbestimmung gelernt werden muss. In dieser Ausgabe der tz haben wir, ganz unabhängig von den aktuellen Geschehnissen, das Augenmerk auf die Mitbestimmung von Schüler*innen und damit von Demokratiebildung gelegt. Ich wünsche uns allen eine interessante und anregende Lektüre.

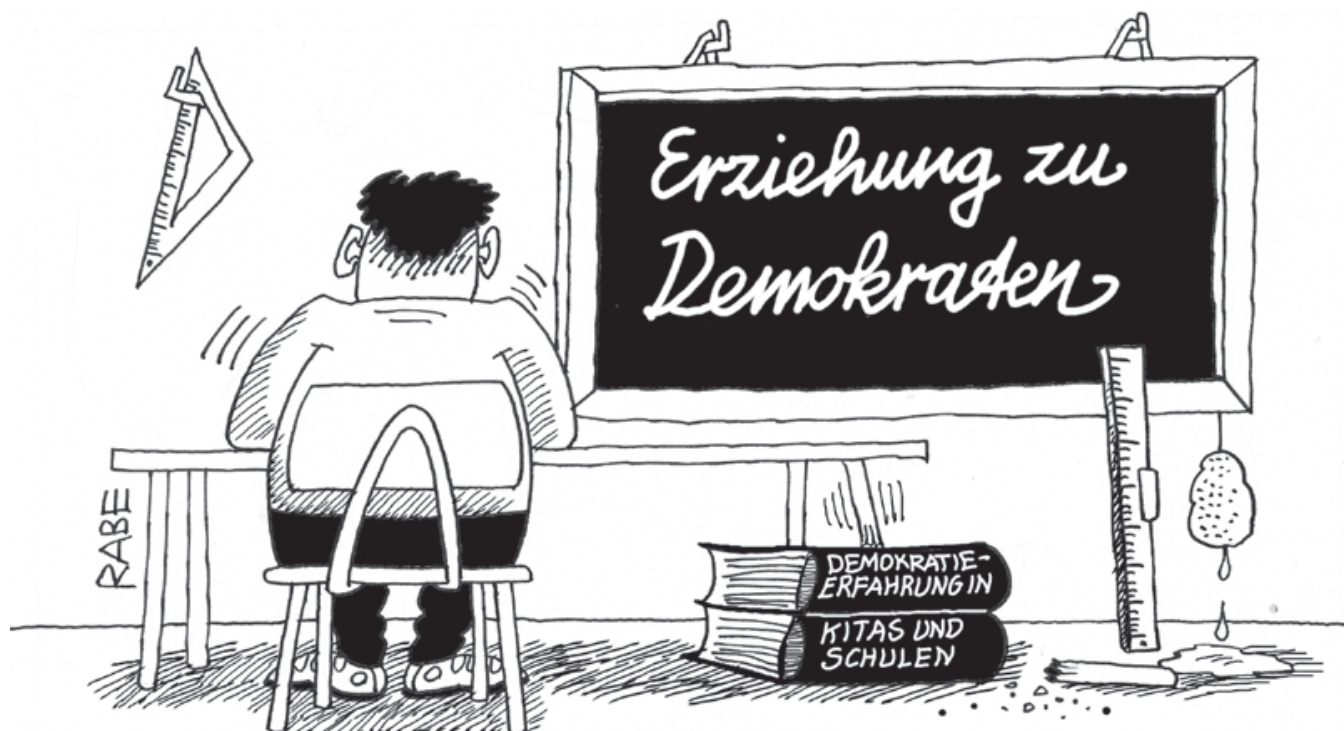
Herzlichst
Kathrin Vitzthum,
Landesvorsitzende



Aus der Redaktion

Demokratie an Schule: Dürfen Thüringer Schüler*innen mitbestimmen?

Die gegenwärtigen politischen Herausforderungen zeigen deutlich auf, wie wichtig es ist, dass aus Schulen in der Demokratie auch Schulen der Demokratie werden. Und das funktioniert nur über mehr und tatsächliche Mitbestimmung und über kontinuierlichen Kompetenzerwerb in demokratischem Denken und Handeln. Gelingt dies in Thüringen?



Hinter uns liegen wahrlich bewegte politische Zeiten in Thüringen: Im Herbst 2019 eine Landtagswahl, aus der vor allem die politischen Ränder hervorgingen – anschließend ein drei monatiges Ringen, um aus den herausfordernden Mehrheitsverhältnissen eine regierungsfähige Koalition zu bilden – und dann die Wahl(en) der Ministerpräsidenten, deren Auswirkungen weit über die Landesgrenzen hinweg spürbar wurden. Thüringen steht nun vor der gewaltigen Herausforderung mit diesen Erschütterungen umzugehen, Vertrauen in politische Institutionen, Verfahren und Akteure wiederherzustellen und Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Als Bildungsgewerkschaft vor Ort verstehen wir es dabei als eine unserer Kernaufgaben, einen Beitrag dazu zu liefern, dass Thüringen eine starke und wehrhafte Demokratie bleibt. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass Kindern und Jugendlichen in ihrer Alltagswelt die Möglichkeit geboten wird, demokratische Strukturen und Werte erkennen, erfahren und erlernen zu können. Mitbestimmung von klein auf und als Zugang und Voraussetzung für tatsächliche gesellschaftliche Teilhabe. Kindertagesstätten und Schulen stehen hierbei in besonderer Verantwortung: Durchschnittlich 38 Stunden pro Woche verbringen junge Menschen in diesen Bildungs- und Sozialisationsinstanzen. Dies wirft die Frage auf, welche Demokratieerfahrungen Schüler*innen in Thüringen in ihrem Schulalltag machen (können) und wie das Land Thüringen ihnen das ermöglicht oder auch verunmöglicht.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe der tz geht dem nach und nimmt die Situation von demokratischen Lern-, Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten an Thüringer Schulen in den Blick.

Hierfür wenden wir uns zunächst den ausgedehnten Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen im überarbeiteten Schulgesetz zu, um anschließend durch Prof. Michael May forschungsgeleitet auf die bundesweiten Unterschiede hinsichtlich der Rechte zur Schüler*innenmitbestimmung zu kommen, um anschließend die Vorstellungen der Akteure selbst – also der Schülervertreter*innen – zu beschreiben.

Die Landesschülervertretung stellt danach ihre Erfahrungen und Forderungen aus der Praxis dar. Politische Bildung bedarf neben demokratischen Strukturen auch eines intensiven Politikunterrichts. In trauriger Tradition liegt Thüringen hierbei im Stundendeputat im Bundesvergleich weit hinten; dies nehmen wir zum Anlass, die Situation kritisch zu beleuchten und im Interview bei Bildungsminister Helmut Holter nach der Stellung des Faches Sozialkunde nachzuhaken. Ganz praktisch und konkret wird es, wenn wir in Interviews mit Lehrer*innen aus der Region praktische Umsetzungserfolge von Demokratieprojekten präsentieren.

Da Demokratiebildung aber nicht nur eine Notwendigkeit in der Schule ist, sondern auch bereits im Kita-Bereich eine Rolle spielen kann und soll, haben wir den mit großem Zuspruch durchgeführten GEW-Fachtag näher unter die Lupe genommen. Welche Vorschläge und Handlungsempfehlungen geben die Expert*innen für die frühkindliche Demokratiepädagogik?

Das Redaktionsteam – bestehend aus Ilka Maria Hameister, Marcel Helwig, Michael Kummer und Justin Walther – wünscht dabei viel Spaß und erkenntnisreiches Lesen!

Demokratieerfahrungen an Thüringer Schulen

Mehr Mitbestimmung im neuen Thüringer Schulgesetz

Am 1. August 2020 treten die meisten neuen Regelungen des Schulgesetzes in Kraft. Welche Neuerungen gibt es dabei im Bereich Demokratie und Mitbestimmung (nicht nur) für die Schüler*innen?

Ein demokratischer und beteiligungsorientierter Prozess

Bereits der Prozess bis zur endgültigen Fassung des Gesetzes war sowohl durch das TMBJS, als auch die Koalitionsfraktionen stark beteiligungsorientiert: Eckpunkte für ein inklusives Schulgesetz (2016), Strategiepapier Inklusion, Kommission „Zukunft Schule“ mit anschließenden Werkstattprozess, Thüringenplan „Für eine gute Zukunft unserer Schulen“ mit Diskussionen in Regionalforen seien hier genannt. Parallel konnten wir als GEW im Anhörungsverfahren durch das TMBJS den Gesetzesentwurf würdigen. Es folgten: Schulträgersgespräche, Anhörungen im Landtag, Veranstaltungen wie Fachgespräche zu Demokratie und Mitbestimmung im Schulwesen, Hintergrundgespräche etc. zum Schulgesetz. Dabei wurden auch Ergebnisse und Empfehlungen der „Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen“ und Regelungen aus Schulgesetzen anderer Bundesländer zur Rate gezogen.

Die neuen Regelungen im Einzelnen

§ 6a Gemeinschaftsschule

Die Entscheidung über die Gründung einer Gemeinschaftsschule im Verbund kann nicht mehr durch eine*n der beteiligten Schulleiter*innen ausgesessen werden. Dazu werden den Schulkonferenzen Rechte übertragen.

§ 25 Rechte des Schülers

Die Informations- und Beschwerde-, sowie Anhörungs- und Vorschlagsrechten der Schüler*innen. Sie können sich nun auch (mit persönlichen Problemen) an eine einzurichtende Ombudsstelle wenden.

§ 26 Recht auf freie Meinungsäußerung

Schüler*innen können sich nun nach Vorbild der Regelungen in Brandenburg: „im sachlicher Zusammenhang zum Unterricht frei [...]äußern“.

§ 26a Schülerzeitungen

Im Sinne des Meinungspluralismus ist es nun möglich, dass mehrere Schülerzeitungen an einer Schule nebeneinander existieren.

§ 27 Schülergruppen

Schülergruppen wird explizit die Möglichkeit eingeräumt, Schulanlagen und Schuleinrichtungen zu nutzen. Zudem können Schulübergreifende Arbeitskreise gebildet werden. Schülerfirmen sorgen für eine Beteiligung am Wirtschaftsleben. Die Zustimmung dazu erfolgt nun durch die Schulkonferenz, der Schulleiter genehmigt nur noch ausführend.

§ 28 Mitwirkung der Schüler

Die Bildung von Klassenräten wird ermöglicht. Zudem werden Kreisschülersprecher auf der Ebene der Landkreise sowie kreisfreien Städte auch entsprechend den Schulämtern zugeordnet.

Über Rechte wird unmittelbar nach der Wahl informiert. (Voll)Versammlungen von Schüler*innen werden leichter ermöglicht und können nun häufiger stattfinden.

Gesellschaftspolitische Betätigungen sind jetzt möglich. Zudem werden Unterstützungsrechte gegenüber Schulleitung und Schulverwaltung gegeben. Umfassende Freistellungsmöglichkeiten und das Recht, Räume zur Verfügung gestellt zu bekommen, werden der Schülervertretung eingeräumt. Eingriffe durch die Schulleitung werden auf die Rechtsaufsicht beschränkt. Weitere Antrags-, Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte werden gegeben. Informationsrechte über einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestehen. Zudem kann die Schülervertretung nun die Teilnahme von Schulleiter*in oder Schulträger an Sitzungen ausdrücklich ersucht werden.

Eine zentrale Ombudsstelle wird entsprechend der Landesstrategie Mitbestimmung eingeführt. Sie besitzt einen Informations- und Beratungsauftrag, ist unabhängig & weisungsungebunden.

§ 29 Vertrauenslehrer

Es kann nun mehr als einen Vertrauenslehrer an der Schule geben, jedoch mindestens zwei. Das ermöglicht Wahlen entsprechend der Geschlechterparität oder der Schulstufen. So können die Aufgaben auf mehrere Personen aufgeteilt und engere Vertrauensbezüge zu den Schüler*innen entsprechend der Bedürfnisse der Schule hergestellt werden.

§ 38 Schulkonferenz

In der Grundschule können zwei Schüler der Klassenstufe 4 nun beratend an der Schulkonferenz teilnehmen. Zudem dürfen Vertreter von Schulfördervereinen beratend teilnehmen. Allen Statusgruppen (Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern) wird ein aufschiebendes Vetorecht eingeräumt, sollte diese Gruppe geschlossen überstimmt werden.

Allen Mitgliedern der Schulkonferenz soll eine Teilnahme an den Sitzungen ermöglicht werden. Dabei werden beispielsweise Prüfungszeiten berücksichtigt. Der Lehrerkonferenz, Schulelternvertretung und Schülervertretung werden explizite Antragsrechte an die Schulkonferenz eingeräumt.

Sie entscheidet nun über den Unterrichtsbeginn im Einvernehmen mit dem Schulträger. Bisher war dieses nur der Lehrerkonferenz der Schulordnung nach möglich. Hinzu kommen Entscheidungsrechte über schulinterne Grundsätze auf Grundlage des Überwältigungsverbotes (in Verbindung mit § 56 Veranstaltungen, Werbung, Sammlungen und Versammlungen der Schule). Dies betrifft sowohl Veranstaltungen als auch Informationsbesuche durch nicht zur Schule gehörender Personen, Organisationen und Institutionen.

Aber auch über Grundsätze der schulischen Antidiskriminierungsarbeit kann nun entschieden werden. Die Klassensprecherversammlung hat ein verpflichtendes Anhörungsrecht vor Beschlüssen zu Pausenordnung, Pausenzeiten und schulinterne Grundsätze zu Wandertagen, sowie Klassen- und Kursfahrten erhalten.

§ 48 Leistungen und Zeugnisse

Hier wird die Transparenz der Notengebung gegenüber Eltern und Schülern um Bewertungsmaßstäbe und Begründung der Note ergänzt und präzisiert.

Fazit: Mehr Mitbestimmung = bessere Demokratiebildung

Auf vielen Ebenen wird also durch das neue Schulgesetz die Mitbestimmung von Schüler*innen (und auch von Pädagog*innen) gestärkt oder überhaupt erst ermöglicht. Und genau das ist eine der tragenden Säulen von Demokratiebildung: die Erfahrung, in demokratische Prozesse eingebunden zu sein, mitreden und mitentscheiden zu können.

Dieses Mehr an Demokratieerfahrungen gilt es nun, mit Leben zu füllen. Ein gutes Zeichen dafür stellt der begleitende Entschließungsantrag des Thüringer Landtags vom Juni 2019 „Für die Stärkung einer demokratischen und diskriminierungsfreien Schulkultur“ dar. Darin heißt es: „Schülerinnen und Schüler sollen sich

daher als Teil einer demokratischen Gemeinschaft verstehen lernen und Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können. Sie sollen im schulischen Alltag als politisch eigenständig denkende und handelnde Personen einbezogen und möglichst intensiv an allen sie betreffende Entscheidungsprozessen beteiligt werden.“

Es bleibt anzuregen, dass Schüler*innen entsprechende Informationen und Schulungen zu ihren Mitbestimmungsmöglichkeiten flächendeckend erhalten – zum Beispiel im Rahmen des dann notwendigerweise stark auszubauenden Schulfachs Sozialkunde. Die Junge GEW wird diesen Prozess der Mitbestimmungsstärkung begleiten und fördern.

Marcel Helwig
vom Sprecher*innen-Team
der Jungen GEW-Thüringen



Gastbeitrag von Michael May, Professor für Didaktik der Politik an der FSU Jena

Schuldemokratie stärken ist Voraussetzung

Partizipationsrechte und Schüler*innenmitwirkung (SMW) – Ein Blick auf die Situation in Thüringen im Bundesländervergleich

„Die Schüler wirken durch gewählte Schülervertretungen entsprechend ihrem Alter und ihrer Verantwortungsfähigkeit am schulischen Leben mit“ (ThürSchulG, § 28). Dieses Zitat zeigt, dass die Schüler*innenvertretung (SV) in den Thüringer Schulen auf gesetzlicher Ebene fest verankert ist. Während das zitierte Schulgesetz den allgemeinen Rahmen der SV absteckt, wird deren Ausgestaltung in der Thüringer Schulordnung (ThürSchulO) sowie der Thüringer Mitwirkungsverordnung (ThürMitwVO) konkretisiert.

Wie in der gesamten Bundesrepublik, sind auch in Thüringen Partizipationsrechte der Schülerschaft auf Klassen-/Kursebene, auf Schulebene und auf einer überschulischen Ebene angesiedelt (Langner 2007, Palentien/Hurrelmann 2003). Für alle drei Ebenen lassen sich für Thüringen einerseits Rechte der Bildung von Gremien und Ämtern der Schülervertretung sowie der Beteiligung an schulischen und überschulischen Gremien identifizieren, andererseits konkrete Mitwirkungsrechte im Rahmen dieser Gremien, Ämter und Beteiligungen. Folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen:

siehe Tabelle.: Übersicht über die formalen Mitwirkungsrechte von Schüler*innen in Thüringen

Wie ist die Situation der SV im Vergleich zu anderen Bundesländern einzuschätzen?

Wie in allen anderen Bundesländern auch, ist die SV in Thüringen im Schulgesetz verankert. Dies dokumentiert den hohen Stellenwert, den die SV beim Gesetzgeber genießt. Betrachtet man die Ausgestaltungen genauer, lassen sich dennoch einige Unterschiede erkennen. Im Folgenden können nur die **Mitwirkungsrechte auf Schulebene** skizziert werden.

Auf der Schulebene ist das zentrale Gremium in Thüringen die **Klassensprecherversammlung**. Auch wenn die Bezeichnungen

im Bundesvergleich abweichen (Schülerrat, Schülerkonferenz, Gesamtschülervertretung, Schülerbeirat, Schülervertretung) und es Abweichungen im Detail gibt (z. B. Zugehörigkeit des Schülersprechers oder der Schülersprecherin zum Gremium, Einbezug der Stellvertreter*innen), so existiert dieses Gremium in allen Bundesländern mit ähnlicher Funktion.

Ebenso bedeutsam ist in Thüringen der **Schülersprecher**, der seit dem Schuljahr 2012/13 direkt von allen Schüler*innen einer Schule direkt gewählt wird. In lediglich zwei Bundesländern wird der Schülersprecher (mitunter auch Schulsprecher genannte) noch obligatorisch durch die Klassensprecherversammlung gewählt (HB, NI), während zehn Bundesländern eine Wahlmöglichkeit zwischen direkter und indirekter Wahl zulassen (BB, BW, BY, HE, MV, NW, RP, SH, SN, ST) und vier Bundesländer (BE, HH, SL, TH) eine Direktwahl vorschreiben.

Über die Möglichkeiten hinaus, Gremien und Ämter der SV zu bilden, können sich die Schüler*innen in Thüringen im Rahmen der **Schulkonferenz**, dem wichtigsten Mitwirkungs-gremium auf Schulebene, einbringen. Ein der Schulkonferenz vergleichbares Gremium existiert in allen Bundesländern. In Thüringen verfügen die Schüler*innen – wie auch in weiteren 11 Bundesländern (BB, BE, BW, BY, HH, MV, NW, RP, SH, SL, SN, TH) – über ein Drittel der Sitze und damit Stimmen. Da Lehrer*innen und Eltern ebenfalls jeweils ein Drittel der Sitze innehaben, können die Schüler*innen somit von den ‚Erwachsenen‘ majorisiert werden, aber auch zusammen mit den Eltern Mehrheiten gegen die Lehrerschaft bilden. Damit stellt sich die Situation in Thüringen schülerfreundlicher dar als in den vier Bundesländern (HB, HE, NI, ST), in denen sich Eltern und Schüler*innen die Hälfte der Gremiensitze teilen und die andere Hälfte von Lehrkräften gestellt wird – und sich die Lehrerschaft somit immer gegen Eltern und Schüler*innen durchsetzen kann (der/die Schulleiter*in verfügt über die ausschlaggebende Stimme).

Ebene	Gremien, Ämter und Beteiligungen	Mitwirkungsrechte
Klasse	Klassensprecher¹ (gewählt durch die Klassen ab dem 3. Jahrgang oder Stammkurse)	Hauptadressat: Klassenlehrer*in
Schule	Gremien und Ämter der Schülersvertretung <ul style="list-style-type: none"> • Klassensprecherversammlung (Versammlung aller Klassensprecher) • Schülersprecher (gewählt von allen Schülern aus ihrer Mitte) Beteiligung an Schulgremien <ul style="list-style-type: none"> • Schulkonferenz 	Hauptadressat: Schulleitung Anhörungs-, Auskunfts- und Initiativ-, Beschwerde-, Vermittlungsrecht (bei Konflikten) Stimmrecht im Rahmen einer Drittelparität (Eltern, Lehrer*innen, Schüler*innen)
Landkreis	Gremien und Ämter <ul style="list-style-type: none"> • Kreisschülervertretung pro Schulart (alle Schülersprecher eines Kreises und deren Stellvertreter) • Kreisschülersprecher pro Schulart (gewählt von allen Schülersprechern eines Kreises und deren Stellvertretern aus ihrer Mitte) Beteiligung an kommunalen Gremien ist gesetzlich nicht geregelt	Die zentrale gesetzliche Funktion liegt in der Bildung der Gremien und der Wahl der Ämter auf Landesebene.
Land	Gremien und Ämter <ul style="list-style-type: none"> • Landesschülersprecher pro Schulart (gewählt von allen Kreisschülersprechern und Stellvertretern) • Landesschülervertretung (Landesschülersprecher aller Schularten und deren Stellvertreter) • Vorsitzende der Landesschülervertretung (gewählt aus der Mitte der Landesschülervertretung) Beteiligung an Landesgremien <ul style="list-style-type: none"> • nicht geregelt (mitunter aber bei ad hoc-Gremien praktiziert) 	Anhörungs-, Auskunfts- und Initiativ-rechten in schulischen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung

den Fachkonferenzen beratend teilnehmen, in Niedersachsen sogar mit Stimmrecht. In Thüringen wie in fünf weiteren Ländern (BY, HB, HE, HH, SN, TH) ist die Teilnahme an den Fachkonferenzen nicht vorgesehen.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass demokratische Mitwirkungsrechte der Schüler*innen in Thüringen strukturell begrenzt bleiben. Zum einen sind die Schülervertreter*innen in der Thüringer Schulverfassung keine Vetospieler. Sie verfügen nicht über harte Rechte jenseits von Beratung und Empfehlung. Dieses Schicksal teilen sie mit den Schüler*innen der meisten anderen Bundesländer (Ausnahmen bilden hier etwa Berlin, das für einige Entscheidungen der Schulkonferenz eine qualifizierte Mehrheit vorsieht, Bremen, das ein aufschiebendes Vetorecht für die Schüler*innen in der Schulkonferenz gegenüber der Lehrer- und Fachkonferenz kennt, sowie Hessen, das ein Vetorecht des Schülerrates bei einigen Entscheidungen einräumt – wobei die Entscheidung dann bei der Schulaufsichtsbehörde liegt). Zum anderen verfügen die Thüringer Schüler*innen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch über weniger weichere Rechte wie die Beteiligung an Klassen- und Fachkonferenzen, weil sie von diesen Konferenzen ausgeschlossen sind.

Erscheint die formale Mitwirkungsmöglichkeit im Rahmen der Schulkonferenz in Thüringen also zunächst einmal zufriedenstellend, trübt sich da Bild etwas ein, wenn man auf die Rechte der Schulkonferenz schaut. In Thüringen besitzt die Schulkonferenz vornehmlich weiche Rechte der **Beratung, Abstimmung und Empfehlung**. Entscheidungen werden hingegen durch den/die Schulleiter*in, die Lehrerkonferenz sowie die Klassen- und Fachkonferenzen getroffen. In Niedersachsen dagegen – wo jedoch rechnerisch immer eine Lehrermajorität gegeben ist – oder in Berlin – wo es eine Drittelparität gibt – entscheidet die Gesamtkonferenz oder der Schulvorstand (NI) bzw. die Schulkonferenz (BE) über zentrale gesamtschulische Angelegenheiten.

Schaut man auf weitere schulische Gremien in Thüringen in denen die Entscheidungen getroffen werden, fällt der Freistaat im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern zurück. Zwar können sich die Schüler*innen (und Eltern) auch in anderen Ländern in diesen Konferenzen nicht gegenüber der Lehrerschaft durch Vetorechte oder Majorität durchsetzen, sie werden aber teils beratend, teils mit Stimmrecht beteiligt. Bei **Klassenkonferenzen** werden in 11 Bundesländern die Schüler*innen mit Stimmrecht einbezogen (BB, BE, HB, HH, MV, N, I NW, RP, SH, SL, ST), wobei dies bei Notenfragen ausgesetzt wird (dann völliger Ausschluss oder beratende Beteiligung). In Thüringen und den restlichen Ländern (BW, BY, HE, SN, TH) bleiben die Schüler*innen dagegen gänzlich außen vor. Ähnlich ist das Bild bei den **Fachkonferenzen**: In 10 Ländern (SL, ST, BB, BE, BW, MV, NI, NW, RP, SH) können Schüler*innen an

Wie ist die Situation einzuschätzen?

Die Mitwirkung der Schüler*innen in Thüringen ist ausbaufähig – auch wenn man anerkennt, dass Schule nicht mit einer auf Gleichberechtigung der Mitglieder gründenden Selbstverwaltungsgemeinschaft identisch ist und vornehmlich einem „erzieherischen Impetus“ (Langner 2007, S. 238) folgt, der auf einer Differenz von Erwachsenen und Schüler*innenwelt beruht. Weitreichendere Befugnisse – wie die Beteiligung an Fach- und Klassenkonferenzen, die Verfügung über ein eigenes, bescheidenes Budget oder vielleicht sogar (aufschiebende) Vetorechte in bestimmten Situationen ab einer bestimmten Altersstufe – würden die Schuldemokratie stärken.

SMW dient neben der Beteiligung immer auch der politischen Bildung. Eine Stärkung der Schuldemokratie könnte deshalb zudem die Bedingungen für politische Bildung verbessern. Trotz des vorbildhaften Engagements vieler SV, zeigt die Forschung, dass diese auch als „verordnete“ oder „simulierte Autonomie“ (Werner Helsper) zutage tritt, als müde Demokratieinszenierung, bei der es eigentlich nichts zu entscheiden gibt. Zugleich wissen wir, dass ein Engagement in nahräumlichen, formalisierten Mitwirkungsstrukturen wie der Schuldemokratie das Verständnis demokratischer Verfahren fördert und mit einem höheren Interesse an der Politik einhergeht (Reinhardt 2010). Die Mitwirkung von Schüler*innen kann also einen Beitrag leisten zum Brückenschlag vom lebensweltlichen zum lebensweltübergreifenden

politischen Lernen. Dies ist besonders dann von Bedeutung, wenn über eine Absenkung des Wahlalters nachgedacht wird.

Für Thüringen erscheint es jenseits dieser möglicherweise ambitioniert wirkenden Impulse aber zunächst einmal angeraten, **das Thema Schuldemanokratie stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses und der Aufmerksamkeit zu rücken**. Über die vorgestellten rechtlichen Rahmenbedingungen hinaus wissen wir kaum etwas über die tatsächlich gelebte Mitwirkung an Thüringer Schulen. Ein Monitoring oder eine Evaluation könnte Abhilfe schaffen. **SMW braucht eine professionelle Begleitung und Unterstützung durch die gesamte Lehrerschaft** – nicht nur den ‚verantwortlichen‘ Sozialpädagogen. Ein vermehrtes Angebot einschlägiger Weiterbildungen in Thüringen wäre hilfreich.

Zudem setzt der Sozialkundeunterricht, in dem die SMW behandelt wird, erst in der 8. bzw. 9. Klasse ein – zu spät, um die Schüler*innen vorzubereiten.

Andere Bundesländer betreiben aufwändige Internetplattformen zur SMW und publizieren Handbücher und Materialien zum Thema, die Schüler*innen und Lehrer*innen ansprechen. Auch hier hat Thüringen Nachholbedarf. Die bereits erfolgte und begrüßenswerte Schaffung von Stellen als „Koordinator*in für kulturelle und politische Bildung“ an den Schulamtsbezirken könnte hier vielleicht einen Beitrag leisten.

Prof. Dr. Michael May
Professor für Didaktik der
Politik Friedrich-Schiller-
Universität Jena



Zitierte Literatur

Langner, Frank (2007): Schülervertretung und politische Bildung. In: Volker Reinhardt (Hrsg.): Forschung und Bildungsbedingungen. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 235–242.
Palentien, Christian; Hurrelmann, Klaus (2003): Schüler – Demokratie – ein Plädoyer für den Beginn längst fälliger Reformen. In: Christian Palentien (Hrsg.): Schülerdemokratie. Mitbestimmung in der Schule. Neuwied: Luchterhand, 3–17.
Reinhardt, Sibylle (2010): Was leistet Demokratie-Lernen für die politische Bildung. Gibt es empirische Indizien zum Transfer von Partizipation im Nahraum auf Demokratie-Kompetenz im Staat. Ende einer Illusion und neue Fragen. In: Dirk Lange und Gerhard Himmelmann (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag, 125–141.

Rechtliche Grundlagen

Für die Darstellung wurden die rechtlichen Grundlagen der SMW in den Bundesländern verglichen. Einen Überblick über genutzten Materialien und ausgewählte Regelungen ist abrufbar unter:

https://technischeunivers049-my.sharepoint.com/:w:/g/personal/may_uni-jena_de/EcZzAW10EedDicWTEG2TcJKBoU1gspEUTBVmXDT5qIWPg?e=YeEDVR

DEUTSCHE
VEREINIGUNG FÜR
POLITISCHE BILDUNG E.V.

- Landesverband Thüringen -

D
V
P
B

Demokratie braucht
Politische Bildung



Information



Fortbildung



Abiturpreis

Interessen-
vertretung



Mitgliederservice

<http://www.burgnetz.de/dvpb/>

Studie zur Schülerpartizipation

„Oft fragt man sich: Was mache ich hier eigentlich?“

Die Arbeit der Schülervertretung nimmt in Ausführungen zu demokratischer Schulkultur eine zentrale Stellung ein. Während die politische und pädagogische Bedeutung von Schülerpartizipation also weitgehend anerkannt ist, ist wenig darüber bekannt, was die ausführenden Akteure für Vorstellungen zu diesem Thema haben. Entsprechend stellt sich die Frage, was Schülervertreter*Innen eigentlich selbst unter Mitbestimmung verstehen. Eine Interviewstudie mit Thüringer Schülervertreter*innen.

Schülerpartizipation – wurde zu diesem Thema gefühlt nicht schon alles gesagt? Bei einem Blick auf die Fülle an programmatischen Entwürfen zu Handlungsempfehlungen und Qualitätsstandards der Ratgeber- und Fachliteratur auf diesem Feld, könnte man zunächst diesen Eindruck gewinnen. Während die darin enthaltenen externen Expert*Innenperspektiven aus der Wissenschaft und der praktischen Professionserfahrung sicherlich hochrelevant sind, stellt sich gleichzeitig die Frage, welche Zielbeschreibungen und -begründungen von gremiumsbasierter Schülermitbestimmung von den Schülervertreter*Innen selbst verfolgt werden. Wie blicken die Schüler*Innen selbst auf ihre Mitwirkungstätigkeit? Um diese Frage zu ergründen, wurden im Rahmen einer Staatsexamensarbeit eine Interviewstudie mit Thüringer Schülervertreter*Innen entwickelt und in unterschiedlichen Schulformen angewendet. Die Aussagen der interviewten Personen wurden anschließend mithilfe der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Dabei wurde deutlich, dass sich bei ihren Aussagen unterschiedliche Bezugshorizonte für die Begründung, Erklärung und Beschreibung von Schülerpartizipation ausmachen ließen, die bei den jeweiligen Interviewpartner*Innen unterschiedlich dominant ausgeprägt waren.

Die erste Auslegung von Schülerpartizipation lässt sich durch das Muster einer „prosozialen Orientierung“ beschreiben: Die Motivation für die Arbeit in den Schülergremien wird hier aus einem Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft und einem sozialen Verantwortungsbewusstsein gezogen. Als Aufgaben der Schülervertretung werden dabei vor allem das Motivieren der Mitschüler*Innen für ein gelebtes Miteinander genannt, aber auch die Verfügbarkeit als Ansprechpartner*In für die Sorgen und Probleme der Mitschüler*Innen hervorgehoben. Partizipation dient nach dieser Lesart primär der Mediation zwischen unterschiedlichen Akteuren, der Verbesserung von Beziehungen und dem Schutz der Schülerschaft vor übersteigerten Interessen oder Erwartungen anderer Akteure im Kontext von Schule.

Die „bildungszentrierte Orientierung“ hingegen zieht die Motivation für die Arbeit als Schülervertreter*In vor allem aus intrinsischen Motiven, aus der Möglichkeit sich selbst zu verwirklichen und aus dem Zuspruch von außen. Das Amt des Schülervertreters wird als Bildungsanlass für sich selbst und für die Mitschüler*Innen gesehen, indem man als Schülersprecher*In eine Vorbildwirkung entfaltet und die Schülerschaft in politischen Belangen aktiv weiterbilden kann.

Eine andere Stoßrichtung weist die „organisationale Orientierung“ auf: Hierunter fallen Aussagen von Schülervertreter*Innen, die angeben, dass sie sich zur Wahl stellen



lassen haben, weil sie die Strukturen in der Schule verbessern wollten und eine Verantwortung gegenüber der Schule als Gesamtsystem spüren. Als Aufgaben werden hierbei primär die Organisation von Sitzungen und Veranstaltungen sowie die Veranlassung und Begleitung struktureller Schulentwicklungsmaßnahmen gesehen. Die Mitbestimmungsleistung der Schülervertretung wird hier als Beitrag zur Qualitätsentwicklung und zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Ordnung in der Schule verstanden.

Als vierter Auslegungsmöglichkeit von Schülerpartizipation wurde eine „politische Orientierung“ in den Interviews sichtbar. Hierbei wird der Schritt zu aktiven Mitbestimmungstätigkeiten aus einem demokratischen Anspruch heraus begründet. Aufgaben wie die Vertretung der Interessen der Schüler*Innen, das Aufrechterhalten eines selbstverwalteten Gremiensystems der Schülerschaft und die Informationsvermittlung zwischen unterschiedlichen Ebenen und Funktionsträgern werden in den Vordergrund gestellt. Schülerpartizipation dient nach dieser Auslegung der Aggregation, Artikulation und Integration von Interessen der Kinder und Jugendlichen sowie der anschließenden Mobilisierung. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Mitbestimmung eine Kontrollfunktion gegenüber den Entscheidungen der Lehrerschaft und Schulleitung bietet und durch die Stimmkraft der Schülerschaft gemeinsame Beschlüsse zusätzlich legitimiert werden können.

Aus der Interviewstudie wird deutlich, dass das Partizipationsverständnis der befragten Schülervertreter*Innen als ein komplexes und differenziertes Geflecht von subjektiven Vorstellungen zu charakterisieren ist und die Akteure ihre Tätigkeit als einen Beitrag zur Gestaltung der Beziehungs-, Lern-, Organisations- und Machtebene von Schule verstehen. Dies illustriert, dass sie eine hochanspruchsvolle Rolle innerhalb des Systems Schule einnehmen. In den Äußerungen der Interviewten werden entsprechend immer wieder Konflikte beschrieben, die damit einhergehen.

So finden sich in den geführten Interviews Passagen zu:

- Konflikten mit dem eigenen Mandats- und Repräsentationsverständnis: *„und dann zerbreche ich mir den Kopf: Stimme ich jetzt dafür ab, was für die Schüler am besten ist oder für alle, die daran beteiligt sind. Das ist übel.“*
- Konflikten mit Mitschüler*Innen, die nicht gewillt sind, der Beteiligungs- und Lernaufforderung der Schülervertreter*Innen zu folgen: *„die finden das dann mega nervig, wenn ich schon wieder was von denen will.“*
- Konflikte innerhalb der Schülervertretung, wenn bspw. einige Personen den politischen Konflikt in der Interessensvertretung fordern, während andere den Aufbau harmonischer Beziehungen verlangen: *„die Anderen wollen zum Teil krawallbünstig unbedingt Forderungen pushen, aber wir müssen doch eine gute Atmosphäre mit den Lehrern aufbauen. Davon haben alle viel mehr“.*
- Und natürlich auch Konflikte mit der Schulleitung und dem Lehrkörper, die u.a. auftauchen, wenn in der Kommunikation nicht zwischen der Schülerrolle und der Schülervertretungsverantwortung differenziert wird: *„Das Schüler-Lehrer-Verhältnis ist ganz oft so prekär [...] vom Respektverhalten; aber das es möglich sein sollte, wenn man dann im Gremium sitzt das ein bisschen objektiv zu betrachten.“*

- Oder ihnen nicht auf Augenhöhe begegnen: *„manche [Lehrer] erkennen unsere Bedeutung wirklich an und andere sehen es immer noch als „Witzveranstaltung.“*

Es wird also deutlich, dass das Amt des Schülersprechers bzw. der Schülersprecherin eine herausfordernde Aufgabe für die Schüler*Innen darstellt, die es als solche auch von den Mitschüler*Innen, dem Lehrkörper und der Schulleitung anzuerkennen gilt. Über die Anerkennung hinaus, müssen der Schülervertretung strukturell verankerte Möglichkeiten geboten werden, sich im Amt weiterzubilden zu können und Ansprechpartner zu finden, die sie dabei unterstützen. So sieht beispielsweise das Bremische Schulverwaltungsgesetz für die Mitglieder der Schülervertretung im Allgemeinen (§ 47) und die Delegierten der Schulkonferenz im Besonderen (§ 33) die Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten durch schulische oder außerschulische Fortbildungen vor. Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass den Vertreter*Innen in der Schule auch die Gestaltungs- und Mitentscheidungsräume zur Verfügung gestellt werden, um entsprechende Fähigkeiten anwenden zu können.

Ilka Maria Hameister
GEW-Mitglied und
wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Lehrstuhl für Didaktik der Politik
der Friedrich-Schiller-Universität Jena



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Geschäftsstelle Erfurt

Juri-Gagarin-Ring 53, 99084 Erfurt

Telefon 0800 2 153153 – Kostenlos aus deutschen Telefonnetzen

thomas.schmidt@HUK-COBURG.de



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Interview mit dem Thüringer Bildungsminister

Wann und wie wird Sozialkunde als Kernfach der Demokratiebildung gestärkt?

Helmut Holter war von 2017 bis 2020 und ist wieder seit dem 04. März 2020 Minister für Bildung, Jugend und Sport in Thüringen. In diesem Interview spricht er mit uns über die Bedeutung des Schulfachs Sozialkunde, die Demokratiebildung an Thüringer Schulen und über die Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten unserer Lehrer.

Sozialkunde als das Kernfach der politischen Bildung ist in Thüringen marginalisiert. Welchen Grund hat es, dass das Schulfach Sozialkunde in Thüringen so wenig Wochenstunden hat und so spät anfängt (nach Regelschullehrplan in der 8. Klasse, nach Gymnasiallehrplan erst in der 9. Klasse)?

Wir leben in bewegten Zeiten. Das Interesse an politischen Diskussionen nimmt spürbar zu und unsere Schulen stehen vor der Aufgabe, Schülerinnen und Schüler darauf vorzubereiten, an diesen Diskussionen als mündige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger einer demokratischen Gesellschaft teilzunehmen. Diese Aufgabe nehmen unsere Schulen und unsere Lehrerinnen und Lehrer sehr verantwortungsbewusst wahr. Und wir sollten hier genau hinschauen. Es ist richtig, dass das Fach Sozialkunde erst ab der 8. bzw. 9. Klasse gelehrt wird. Politische Bildung ist aber eine Querschnittsaufgabe der Schule. Sie findet sich bei Weitem nicht nur in der Sozialkunde wieder. Sondern auch in den Fächern Geschichte, Geographie, Ethik, katholische und evangelische Religion, Wirtschaft und Recht. Andererseits wird politi-

sche Bildung auch in außerunterrichtlichen Angeboten der Schule aktiv gelebt, wie etwa in den Schülervertretungen und deren demokratischer Teilhabe an Entscheidungsprozessen in der Schule. Darüber hinaus wird in Thüringen die Kinder- und Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld verstanden und mittels unserer Beteiligungsstrategie umgesetzt.

Nicht nur, aber auch die letzten politisch chaotischen Wochen sind Anlass über mehr Demokratiebildung in unseren Schulen nachzudenken und zu entscheiden. Generell legen wir die Studentafel auf den Prüfstand. Die Frage, ob wir dem Fach Sozialkunde dabei breiteren Raum in der Studentafel einräumen, ist einer der Diskussionspunkte in der anstehenden zweiten Phase der Novelle der Schulordnung, die ab dem Sommer breit erörtert werden soll. Hier wollen wir die verschiedenen Perspektiven hören. Für mich ist entscheidend: Wir haben bereits heute eine der bundesweit größten Studentafeln, die den Schülerinnen und Schülern ein hohes Arbeitspensum abverlangt. Wenn wir zu der Entscheidung kommen, dass das Fach Sozialkunde ausgeweitet werden soll, müssen wir Entlastung an anderer Stelle schaffen.





Wie viele Sozialkundelehrer*innen gibt es derzeit an den Thüringer Schulen und wie viele davon sind in ihrem Fach ausgebildet? Wie sieht die Bedarfsprognose aus und wie soll dieser Bedarf erfüllt werden?

Die Zahl der Sozialkundelehrerinnen und -lehrer hat seit 2010 deutlich zugenommen. 2010 waren es 360. Zum Schuljahresbeginn 2018 bereits 525. Die Bedarfsprognose sieht dabei keine Schwankungen bis in das Jahr 2035 vorher. Sollten allerdings Änderungen an der Stundentafel vorgenommen werden, verändert sich der Bedarf entsprechend. Da sich das Fach noch immer einer hohen Beliebtheit bei den Studierenden erfreut, gehen wir davon aus, dass dieser Bedarf gedeckt werden kann.

Haben Sie sich vorgenommen, das Schulfach Sozialkunde auszubauen? Und wenn ja: Welche konkreten Schritte zur Stärkung des Schulfachs Sozialkunde sind geplant?

Auf die noch zu führende Diskussion zum quantitativen Ausbau habe ich bereits verwiesen. Ich möchte den Blick aber auch auf die Qualität richten. Hier kommt den Staatlichen Studienseminaren und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) eine Schlüsselrolle zu. Wir sollten gemeinsam mit unseren Sozialkundelehrerinnen und -lehrern die Frage erörtern, wo wir die Ausbildungs- und Fortbildungsangebote gezielt verbessern können, damit sie den Herausforderungen gerecht werden.

Welche Gründe sprechen gegen eine Stärkung des Kernfachs der politischen Bildung?

Keine. Wir erwarten von den Schulen sehr viel. Sie sollen unsere Schülerinnen und Schüler befähigen, mündige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger einer demokratischen Gesellschaft zu sein. Hierfür müssen wir den Schulen gute Rahmenbedingungen geben, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. Wenn uns die Schulen sagen, dass sie in Sozialkunde oder der politischen Bildung neue Ansätze brauchen, dann müssen wir darüber sprechen, wie wir diese umsetzen können.

Das Bildungsministerium spricht oft davon, dass die Demokratieerziehung ein Querschnittsthema aller Fächer und damit aller Lehrer*innen sei. Welche konkreten Weiterbildungsangebote gibt es für Nicht-Sozialkundelehrer*innen, um wenigstens Grundzüge der sehr eigenen und anspruchsvollen Politikdidaktik zu erlernen?

Für dieses Schuljahr sind viele Veranstaltungen im Bereich Demokratiepädagogik und Gewaltprävention geplant, insbesondere zu den Themen Streitschlichter, Schülervertretungs-/Schülermitwirkungsarbeit, Lernen durch Engagement (Service Learning), Jugend debattiert und zum Themenjahr 900 Jahre jüdisches Leben in Thüringen. Interessierte Lehrkräfte können die Veranstaltungen auf den Seiten des ThILLM einsehen.

Alle Lehrkräfte haben den Auftrag, an Schulen für Demokratie zu erziehen. Gleichzeitig löste die AfD-Initiative „Neutrale Schule“ samt ihren Meldeportalen eine öffentliche Debatte darüber aus, wie politisch eine Lehrkraft sein darf. In welcher Weise unterstützt das Bildungsministerium (bzw. nachgeordnete Einrichtungen) als Dienstherr/Arbeitgeber die Lehrer*innen, die auf einem solchen Portal gemeldet werden?

Es muss zunächst unmissverständlich klargestellt werden: Es gibt keine „neutrale Schule“. Gemäß § 2 Abs. 1 Thüringer Schulgesetz leitet sich der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule in Thüringen von den grundlegenden Werten ab, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Freistaats Thüringen niedergelegt sind. Die Schule erzieht zur Achtung vor dem menschlichen Leben, zur Verantwortung für die Gemeinschaft und zu einem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt und der Natur. Sie pflegt die Verbundenheit mit der Heimat in Thüringen und in Deutschland, fördert die Offenheit gegenüber Europa und weckt das Verantwortungsgefühl für alle Menschen in der Welt. Wesentliche Ziele der Schule sind die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Vorbereitung auf das Berufsleben, die Befähigung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum bewussten, selbst bestimmten und kritischen Umgang mit Medien, die Erziehung zur Aufgeschlossenheit für Kultur und Wissenschaft sowie die Achtung vor den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer. Die Schülerinnen und Schüler lernen, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten. Dabei werden sie darauf vorbereitet, Aufgaben in Familie, Gesellschaft und Staat zu übernehmen und dazu angehalten, sich im Geiste des Humanismus und der christlichen Nächstenliebe für die Mitmenschen einzusetzen. Die Schule fördert den Entwicklungsprozess der Schülerinnen und Schüler zur Ausbildung ihrer Individualität, zu Selbstvertrauen und eigenverantwortlichem Handeln. Sie bietet Raum zur Entfaltung von Begabungen sowie für den Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen. Die natürlichen Rechte der Eltern und die ihnen obliegenden Pflichten zur Erziehung ihrer Kinder bleiben davon unberührt.

Damit wird deutlich, dass der gemeinsame Auftrag der Thüringer Schulen nicht neutral, sondern wertgebunden ist. Dies haben wir in einem Schreiben gegenüber den Thüringer Schulen noch einmal mitgeteilt. Wichtig ist mir, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihren Aufgaben wie bisher verantwortungsvoll nachkommen. Wenn Lehrerinnen und Lehrer in irgendeiner Art und Weise offen oder verdeckt bedroht oder eingeschüchtert werden, so stellen wir uns im Rahmen unserer Fürsorgepflicht stets vor sie.

Vielen Dank.

Das Interview führte Michael Kummer

Gastbeitrag der Landesschülervertretung Thüringen

Demokratie kann nur durch gute Demokratiebildung gelingen

Der Freistaat ist gegenwärtig von turbulenten Zeiten geprägt. Es scheint, als entwickle sich Politik weg von wichtigen Entscheidungsprozessen und Verantwortung zu einem Spielfeld riskanter Versuchungen, die selbst für erfahrene Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger undurchsichtig sind. Das Wohl der Thüringer*innen steht dabei scheinbar hinter parteitaktischen Vorgehensweisen, obwohl sich die Demokratie in ihrem Grundaufbau auf jene Bürger*innen stützt.

Es wäre frech zu sagen, dass manch Abgeordnete*r zu wenig Demokratiebildung in der Schule erfahren haben, doch symbolisiert dieser Gedankengang die Wichtigkeit ordentlicher politischer Bildung an Schulen, bereits im jungen Alter. Wie funktioniert Demokratie? Was sind meine eigenen Möglichkeiten darin? Wie wird das alles praktiziert und wie kann ich das erleben? Diese (oberflächlichen) Fragen müssen beim Erziehen mündiger Demokrat*innen zwingend beantwortet werden – und diese Aufgabe liegt bei den Schulen, in Form des Sozialkundeunterrichts, aber auch in Formen der Schülerpartizipation. Umso fataler ist es nun, wenn diese zwei Komponenten der modernen Demokratiebildung nicht oder nicht ausreichend genug funktionieren. Ein Überblick über den Zustand der Demokratiebildung und Partizipation an Thüringer Schulen – aus Sicht Thüringer Schüler*innen.

Was fordern Schüler*innen eigentlich und warum wollen sie mitreden?

Der Begriff „Schülerpartizipation“ ist in der bildungspolitischen Landschaft allgegenwärtig. Und dies nicht ohne Grund: Die Verwendung des Begriffs implementiert fast immer, dass Schüler*innen ihre Meinung sagen, mitmischen und Entscheidungen mittragen sollen. Als von Vorhaben im Bildungsbereich

am meisten Betroffene ist das ein wichtiger Grundsatz dafür, dass Schule sowohl in der Vermittlung von Wissen als auch als Wohlfühlort gut dasteht. Damit die Beteiligung an Debatten, nicht nur an der Schule, sondern in allen wichtigen Bereichen des alltäglichen Lebens, gelingen kann, ist eine sehr gute Demokratiebildung nötig, die das Fundament eines ordentlichen Demokratieverständnisses legt.

Mindeststandards der Mitbestimmungsrechte Thüringer Schüler*innen

Um einheitliche Regelungen im Freistaat treffen zu können, und allen Lernenden dieselben Chancen und Möglichkeiten bieten zu können, braucht es Mindeststandards in der partizipativen Schulkultur. Diese fangen bei getrennten Wahlen der Schülervertretung und der Vertreter*innen für die Schulkonferenz an und hören bei der materiellen, finanziellen, personellen und inhaltlichen Unterstützung jeder einzelnen Schülervertretung auf.

Demokratiebildung an Schulen – perfekt oder doch verbesserungswürdig?

Die aufgeworfene Frage der Zwischenüberschrift lässt sich



Astronomisch guter Unterricht

Holen Sie das mobile Planetarium an Ihre Schule:

+49-5661-9199661 - info@schulplanetarium.de - www.schulplanetarium.de

leicht beantworten: Es gibt erheblichen Nachholbedarf. Gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Sozialkunde finden erst viel zu spät Platz in den Stundentafeln der Klassenstufen. Auch beim Schulabschluss finden sie – am Beispiel der Besonderen Leistungsfeststellung – in Prüfungen keine Beachtung, vom Ausfall in diesem Bereich durch fehlende Lehrer*innen ganz zu schweigen.

Trotzdem findet man den praktischen Teil der Demokratiebildung durchaus im Alltag der Schüler*innen wieder. Schon bei der Klassensprecher- und Schülersprecherwahl durchleben alle Schüler*innen einen demokratischen Prozess, meistens, ohne überhaupt zu wissen, dass dies einer ist. Genauso bei der Entscheidung im Sportunterricht, welches Spiel man zum Abschluss des Jahres spielt, oder im Englischunterricht, welchen Film man schaut, wird oft demokratisch abgestimmt. Dieses demokratische Selbstverständnis ist vorhanden, muss aber gefördert, erklärt und ausgebaut werden.

Eine recht neue Methode des aktiven Mitgestaltens des Unterrichts ist das Schülerfeedback, welches einerseits den Schüler*innen die Möglichkeit gibt, ehrlich ihre eigene Meinung zu äußern und konstruktive Kritik mitzuteilen. Andererseits ist es die Chance für Lehrer*innen, den Unterricht so umzugestalten, dass sich die Schüler*innen wohlfühlen, besser mitarbeiten und am Ende nachhaltig von den Unterrichtsinhalten profitieren. Beispielsweise würde dadurch der Raum geboten werden, Themenschwerpunkte zu setzen, die den Schüler*innen wichtig sind, ohne dabei vom Lehrplan abzuweichen. Solche Mitbestimmungsprozesse werden bereits an einigen wenigen Schulen praktiziert, jedoch sollte jede Thüringer Schule, und damit alle Thüringer Schüler*innen, zum Beispiel diese partizipative Möglichkeit geboten bekommen – auch, damit es gelingen kann, stupides Auswendiglernen aus dem Vordergrund des Unterrichts zu verbannen und demokratische Prozesse im Unterricht sowie neue Methoden zu ermöglichen.

Die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften - sowie explizit der frühere Einsatz des Sozialkundeunterrichts - ist für uns aber keine minder wichtige Angelegenheit. Nur dadurch werden politische Bildung und Demokratieverständnis erlernt und das Bewusstsein der Verantwortung für die Gesellschaft gestärkt. Die zu spät einsetzende Vermittlung von demokratischen Werten kann fatale Folgen haben und wird dafür sorgen, dass Schüler*innen ohne Demokratieverständnis die Schule verlassen werden. Das sollte in einer modernen Demokratie vermieden werden.

Warum man der Politikverdrossenheit junger Schüler*innen entgegenwirken sollte

Zu oft begegnet man im Schulalltag schon Aussagen wie „Warum soll ich wählen gehen? Mir bringt es doch sowieso nichts!“, „Eine Stimme hin oder her!“ oder „Ich muss mich nicht für die Gesellschaft einsetzen. Dafür gibt es andere.“ Ja, Mitbestimmung soll und muss auf Freiwilligkeit basieren. Für einige bedeutet sie die Kluft zwischen Erfüllung, Spaß und Erfolg und Anstrengung, Enttäuschung und Zeitaufwand. Für andere, die demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen und zum Beispiel wählen zu gehen. Beides braucht unsere Gesellschaft. Doch wenn man Schüler*innen begegnet, die nichts von all-

dem wissen wollen, weil Ihnen „die Politik“ so weit weg erscheint und sie sich nicht trauen, Ihre Meinung zu äußern, oder denken, dass Sie damit sowieso nichts bewirken, dann setzt die Politikverdrossenheit ein und das darf nicht passieren.

Denn nur gemeinsam werden wir den Weg zu einer partizipativen Schulkultur gehen können. Schüler*innen müssen gegenseitig aufeinander aufbauen, Lehrer*innen ihre Unterrichtsmethoden überdenken und Schulsozialarbeiter*innen gestärkt werden, damit sie den Schülervvertretungen als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen. Denn nur gemeinsam können wir etwas für unsere Gemeinschaft tun und sollten dies so schnell wie möglich angehen.

Alexandra Zeth
Landesschülervertretung Thüringen



Leon Schwalbe
Landesschülervertretung Thüringen







**Das Wichtige im Sinn –
eine gute Krankenversicherung.**

Als Lehramtsstudent oder Referendar haben Sie ein knapp bemessenes Budget zur Verfügung. Die SIGNAL IDUNA bietet Ihnen einen preisgünstigen Einstieg in Ihre optimale Private Krankenversicherung. Lassen Sie uns darüber reden.

Gebietsdirektion Erfurt
Juri-Gagarin-Ring 68/70
99084 Erfurt
Telefon 0361 51846320
gd.erfurt@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Demokratiebildung an Berufsschulen

Echte Begegnungen auf Augenhöhe

Uta Seibold-Pfeiffer ist seit 28 Jahren Sozialkunde- und Mathematiklehrerin an der Karl-Volkmar-Stoy-Schule in Jena. In dieser Schule erhalten ca. 700 Auszubildende in kaufmännischen Berufen ihre berufstheoretische Ausbildung; ca. 200 Schüler streben in verschiedenen Schulformen allgemeinbildende Schulabschlüsse an. Die Stoy-Schule trägt den Titel Europaschule, der vielfältig mit Leben erfüllt wird. In diesem Interview berichtet Uta Seibold-Pfeiffer von ihren Erfahrungen zur Umsetzung von Demokratieangeboten an beruflichen Schulen.

Gibt es spezielle Herausforderungen, die Sie für die Demokratiebildung an beruflichen Schulen wahrnehmen?

Also ein Problem, das berufliche Schulen sicher haben, ist, dass die Schüler durch die praktische Ausbildung im Blocksystem nur sehr kurz und auch nur punktuell in der Berufsschule erscheinen. Und da ist es natürlich auch schwierig ein gutes Lehrer-Schüler-Verhältnis aufzubauen. Und ich denke, dieses gegenseitige Vertrauen ist in allen Fächern, aber für die demokratische Bildung auf besondere Art und Weise wichtig, um ehrliche und nachhaltige Diskussionen über politische Themen zu führen.

Und dann steht natürlich bei uns erstmal die berufliche Qualifizierung im Vordergrund und erst in zweiter Linie kommt die Allgemeinbildung in das Bild, wo auch dann die politische Bildung dazugehört. Sehr speziell ist auf jeden Fall auch die Altersstruktur in einer beruflichen Schule. Die geht ja von durchschnittlich 15 bis 25 Jahren, wir haben aber auch Schüler, die zum Teil mit über 50 nochmal einen neuen Beruf erlernen. Was die Leute also alles an Lebenserfahrungen, sozialen Hintergründen, Interessen und Fähigkeiten in die Schule und den Unterricht mitbringen, ist sehr heterogen und macht die Sache auch spannend.

Ihre Schule wurde Ende des Jahres 2019 für Ihre „innovative Demokratieverziehung“ mit dem Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung ausgezeichnet. Wie gestaltet sich die?

Wir haben vor etwa 10 Jahren angefangen einen unserer Schwerpunkte auf Demokratiebildung und -erziehung zu legen. Eine ganz wichtige Sache ist, dass wir, solange wie es die Juniorwahl gibt, an der Juniorwahl teilnehmen. Und im Rahmen dieser Juniorwahl ist uns vor einigen Jahren die Idee gekommen, ein Kandidaten-Speeddating zu veranstalten. Die Schüler, die dabei beteiligt sind, finden das immer sehr spannend, dass Kandidaten und Politiker auch normale Menschen sind und auch die Kandidaten sind oftmals dankbar für ein unkompliziertes Format. Wir finden einfach persönlich, dass eine Podiumsdiskussion nicht mehr zeitgemäß ist, jedenfalls nicht für unsere Schüler. Wenn Politiker miteinander auf einer großen Bühne über politische Themen austauschen und der wählende Bürger darf still zuhören – das kommt nicht so gut an.

Darüber hinaus haben wir auch begonnen, unsere Schüler auf andere Weise mit Verantwortungsträgern in Kontakt zu bringen. Wir laden also Abgeordnete ein und es waren auch schon verschiedene Minister von Landes- und Bundesebene hier zu Gast. Wir gehen natürlich auch mit unseren Schüler nach draußen und besuchen mit Klassen den Thüringer Landtag, den Bundestag und es gab auch schon für kleinere Gruppen die Möglichkeit nach Brüssel oder Straßburg zu fahren. Wir besuchen auch Betriebe und Forschungseinrichtungen, insbesondere solche, die mit europäischen Mitteln gefördert werden, und sprechen dort mit Geschäftsführern. So erleben die Schüler, neben dem Einblick in betriebliche Abläufe, wie die EU das Leben und Arbeiten vor Ort unmittelbar beeinflusst. Wir haben auch schon zweimal an der Aktion „Prominent gegen Rassismus“ teilgenommen. Wir versuchen also immer wieder die Möglichkeit zu bieten, Schüler auf Augenhöhe mit verantwortungsstarken Persönlichkeiten in Kontakt zu bringen.

Viele dieser Projekte, die Sie gerade beschrieben haben, zeichnen sich dadurch aus, dass Sie diese schon lange Zeit anbieten. Stellen Sie dabei Veränderungen fest, die sich in oder aus den Projekten ergeben?

Ich bin natürlich nicht selbst bei jedem Projekt dabei und es sind ja auch immer wieder verschiedene Klassen. Aus der Beobachtung kann ich aber sagen, dass ich den Eindruck habe, wenn eine solche



Die Karl-Volkmar-Stoy-Schule in Jena – Foto: Wikimedia Commons – indeedous

echte Begegnung stattgefunden hat, dass das wirklich bei den Schülern etwas bewegt. Da hat man schon den Eindruck, sie interessieren sich danach mehr für Politik und wenn man das im Unterricht im Nachhinein nochmal aufarbeitet und bespricht, kann man auf die Begegnungen zurückgreifen und Beziehungen herstellen.

Was ich auf jeden Fall festgestellt habe, ist, dass das Aggressionspotential seitdem wir die Öffnung der Schule zu Themen der Demokratie verstärkt betreiben, nachgelassen hat. Als ich 1992 hier angefangen hab, da gab es auch noch Konflikte, bei denen ein Stuhl geschmissen wurde. Daran kann ich mich in den letzten zehn Jahren nicht mehr erinnern. Das hat sicher zum einen etwas damit zu tun, dass es heute insgesamt von der räumlichen Situation und Klassenstärke etwas entspannter ist. Aber ich denke, dass auch die Demokratiebildung dazu geführt hat, dass einfach das Verhältnis zwischen Lehrern, Schülern und Schulleitung entspannter ist.

Und was würden Sie als wichtige Bedingungen für eine erfolgreiche Durchführung von Demokratieprojekten sehen?

Man braucht vor allem eine Schulleitung, die das mitträgt. Und die mutig ist, neue Formate ausprobieren, auch wenn man im Nachhinein feststellt, diese so nicht zu wiederholen. Und man braucht natürlich Lehrkräfte, die sich engagieren. Das ist vor allem eine Teamleistung. Dass man vielleicht auch nicht auf die Uhr guckt und sagt: Gut, normalerweise hätte ich heute um 14 Uhr Schluss, jetzt bin ich aber auf einer Exkursion und komme später nach Hause. Die Zeit kriegt man nämlich auch später zurück, weil die positiven Wirkungen im Unterricht zu spüren sind und das Arbeiten erleichtern.

Des Weiteren ist es auch wichtig, darauf zu achten, für welche Schülergruppe welches Angebot geeignet und besonders wirksam ist. So sind unsere Schüler, die ihren Realschulabschluss bei uns erwerben wollen, für gewöhnlich weniger mobil als zum Beispiel unsere Bankkaufleute. Viele von ihnen waren z. B. noch nie in Berlin oder sind noch nie U-Bahn gefahren. Deswegen versuchen wir besonders mit ihnen Exkursionen in den Bundestag durchzuführen. Bei diesen Schülern wirken diese Exkursion am stärksten nach, habe ich das Gefühl.

Gibt es Unterstützungswünsche für die Umsetzung von Demokratiebildung an Schule?

Was ich mir wünschen würde, insbesondere in Jena, ist ein bisschen mehr Aufmerksamkeit durch die Presse zu erhalten. Das hat in den letzten Jahren sehr abgenommen. Und dann würde ich mir auch wünschen, dass man schöne Räume hätte, auf die man ohne viele Hindernisse und hohe Kosten zugreifen könnte, wenn man Veranstaltungen mit externen Gästen hat oder Platz braucht für Planspiele beispielsweise.

Als weitere Anregung hätte ich außerdem noch für die Besuche im Landtag, dass die Begleitmaterialien und das Angebot unbedingt aktualisiert, online gestellt und insgesamt auch niedrigschwelliger gestaltet werden muss. Der Besucherdienst hat sich schon etwas verbessert in den letzten Jahren, aber da ist noch sehr viel Luft nach oben!

Vielen Dank.

Das Gespräch führte Ilka Maria Hameister

Gesichter der GEW



Claudia Herda

...ist seit über 30 Jahren mit Herz und Seele Erzieherin. Am längsten ist sie im Reggio Kinderhaus Gotha tätig. In der GEW engagiert sie sich in der Thüringer- und Bundes-Tarifkommission.

Was regt dich im Augenblick am meisten auf?

...dass mit dem Schicksal von Flüchtlingen politische Entscheidungen erpresst werden und dass sich die Politiker nicht einigen können, den Flüchtlingen zu helfen.

Was macht den Beruf der Erzieherin so besonders für dich?

Ich finde es wunderbar, die Entwicklung von Kindern zu sehen und die vielen Möglichkeiten, die ich ausschöpfen kann, um diese zu unterstützen.

Welchen Stellenwert hat das Thema Demokratiebildung in deinem Arbeitsbereich?

Ich besuchte gerade einen Fachtag der GEW zu diesem Thema. Die Kinder haben das Recht auf Mitbestimmung. Das wird noch nicht überall genügend umgesetzt. Aber dabei lernen sie, was Demokratie bedeutet.

Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen.

Tarifverhandlungen 2020, Arbeitskampf und „Einigkeit macht stark“

Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?

Ich wünsche mir von den Mitgliedern, dass sie sich mehr engagieren und mitbestimmen.

Welches politische Amt würdest du einen Monat lang ausüben und was würdest du ändern?

Ich wäre gerne Innenminister oder Vorsitzender des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, dann würde ich in den Tarifverhandlungen das Gehalt aller Erzieher*innen bei allen Trägern mit dem Gehalt der Lehrer*innen gleichsetzen.

Erfahrungsbericht

GEW-Fachtag „Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“

Am Dienstag, den 18.02.2020, fanden sich über 100 interessierte Erzieher*innen, Tagespflegepersonen und Fachberater*innen aus ganz Thüringen im Erfurter Augustiner-Kloster zusammen und nutzten den Tag zur Weiterbildung, Diskussion und zum Austausch.

In diesem Erfahrungsbericht möchte ich meine Eindrücke des GEW-Fachtages schildern und die Bedeutung des Themas „Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ hoffentlich etwas aufzeigen, denn eines was ich selbst als Nicht-Pädagoge auf diesem Fachtag gelernt habe ist: Man kann nie früh genug mit der Demokratiebildung im Leben anfangen! Und natürlich versteht man unter Demokratiebildung in der Kita auch etwas anderes, als z.B. im Sozialkundeunterricht in der Schule oder im Studium. Was man darunter zum Beispiel verstehen kann? Dies möchte ich gerne mit einer kleinen Zusammenfassung des Fachvortrages von Frau Prof. Dr. Annedore Prengel und der angebotenen Workshops vorstellen.

Hohe Nachfrage nach fachlicher Weiterbildung

Gegen 8:30Uhr trudelten die ersten Teilnehmer*innen im Erfurt Augustiner-Kloster ein. Ursprünglich geplant hatten wir für ca. 80 Pädagog*innen, gekommen sind schließlich über 100. Der Saal unserer Veranstaltung war voll und wie mir schien, waren alle gespannt nicht nur auf den Fachvortrag, sondern auch über den Austausch zu vielen wichtigen Themen untereinander, aber eben auch mit den Expert*innen der Workshops.

Der GEW-Fachtag „Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ begann dann zunächst mit einer Begrüßung der Landesvorsitzenden der GEW Thüringen, Kathrin Vitzthum, welche schon zu Beginn begründete, welche Bedeutung die Demokratiebildung besonders in der heutigen Zeit hat. Erst vor kurzem fand in Thüringen ein Tabubruch in der Landespolitik statt, als ein Ministerpräsident nur mit den Stimmen der AfD in das Amt gewählt wurde. Umso wichtiger scheint es heutzutage, dass die Demokratiebildung, die Mitbestimmung und die Förderung eines selbstbestimmten Tagesablaufs bereits in jungen Jahren in Kindertageseinrichtungen beginnen.

Fachvortrag „Demokratiebildung in der Kita – Grundlagen und Praxis“

Nach den einführenden Worten begann der Fachvortrag zum Thema „Demokratiebildung in der Kita – Grundlagen und Praxis“. Gehalten wurde dieser Fachvortrag von Frau Prof. Dr. Annedore Prengel. Sie hat derzeit eine Seniorprofessur an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie ist Gründerin des „Arbeitskreis Menschenrechtsbildung“, der in jährlichen Expertenkonferenzen an



Prof. Dr. Annedore Prengel bei ihrem Fachvortrag – Foto: Michael Kummer



Volles Haus und gespannte Aufmerksamkeit beim GEW-Fachtag – Foto: Michael Kummer

der Entwicklung des Manifests „Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen“ arbeitet. Was mir schon zu Beginn des Vortrages klar wurde – Frau Prengel kann mit ihrem Wissen die Zuhörer fesseln und wie später nach dem Vortrag klar wurde, auch zum Nachdenken und Diskutieren anregen.

Zu Beginn des Vortrages bot Frau Prengel einen historischen und demokratietheoretischen Aufschlag zum Thema und untermauerte diesen mit ihrer These – „Bildungsinstitutionen haben von der Elementarstufe an die Möglichkeit eine demokratische Grundbildung mit ihren ethischen Normen zu vermitteln.“ Im Zuge ihres historischen Rückblicks auf die Entwicklung der Demokratie und der Demokratiebildung machte sie einen für mich sehr interessanten Punkt – „Die Arbeit an der Verbesserung der Demokratie ein unvollendbarer Prozess. Wir können nicht davon ausgehen, dass wir irgendwann ein goldenes Zeitalter haben, wo alles perfekt ist.“ Alleine mit diesem Satz ist der Ansporn und der Ausdruck beschrieben, welchen Demokraten vergangener Zeiten und im Heute verfolgen, um eine möglichst lebenswerte Welt zu schaffen. Wichtig hervorzuheben sei hier noch die Anmerkung, dass dieser Grundsatz keineswegs ein westlicher Standpunkt sei, sondern auf der ganzen Welt, in jeder Religion so gelte und dann in den verschiedenen Regionen natürlich mit den vorherrschenden Kulturen ausgedrückt wird. Im Blick auf die Ebene von Demokratie als Herrschaftsform ist eines besonders wichtig – „Das Mehrheitsprinzip ist nicht alles. Gleichwertig sind Minderheitenschutz, Grundrechte und Gewaltenteilung. Erst wenn diese Werte geachtet werden, können wir von Demokratie sprechen.“ Die Demokratie als Lebensform war natürlich besonders wichtig für das Thema des Fachtages, denn hier geht es um die Gestaltung des alltäglichen Handelns im Sinne von Gleichheit und Freiheit. Sehr interessant erschien mir hier die Theorie der „Demokratie als fürsorgliche Gemeinschaft“, da unser ganzes Leben auf Fürsorge beruht. Diese Fürsorge begleitet unser Leben vom Kleinkind bis zum hohen Alter und besonders wichtig für Pädagogen ist der Punkt, dass Sie Fürsorge in diesem sehr wichtigen Kleinkindalter weitergeben und so Grundlagen für das Leben schaffen.

Es folgten verschiedene Ausführungen von Theorien aus der Demokratiepädagogik. So stellte Frau Prengel ein System vor, bei welchem alle Kinder bereits in ihren Kitas über jede Aktivität abstimmen können. Besonderen Blickpunkt benötigen hier die Kinder, welche sich sozusagen in der Minderheit einer Abstimmung

befanden. Der Umgang mit dieser „Niederlage“ ist natürlich noch besonders schwer in diesem sehr jungen Alter. Hieraus ergeben sich bereits pädagogische Probleme und die Anwendung dieser Praxis sei fraglich. Frau Prengel selbst hat ein für Sie besseres System für frühpädagogische Demokratie gefunden, welches auf Fröbel zurückgeht. Das sogenannte „Freispiel“ – hier haben die Kinder sehr viele Entscheidungsmöglichkeiten. Deswegen könnte dies die höchste Art von Partizipation sein, wenn Kinder selbst aus einem großen Angebot entscheiden können, wo und mit was sie

spielen möchten oder ob sie sich ausruhen möchten oder wann und was sie essen möchten. Hinzu kommt die Selbstbestimmung über die Gestaltung der Aktivität, ob mit anderen, mit sich alleine oder dem/der Erzieher*in.

Zum kleinen Abschluss meiner Eindrücke zum Fachvortrag möchte ich noch einige Forschungsergebnisse wiedergeben, welche Frau Prof. Dr. Prengel über 15 Jahre zusammengetragen hat. Hierbei geht es um Forschungen zur Qualität pädagogischer Beziehungen. In diesen 15 Jahren wurden über 12.000 Protokolle von Studierenden und Doktorant*innen zusammengetragen, welche den Umgang von Pädagog*innen mit Kindern in Kindertageseinrichtungen einfangen. Durchschnittlich können laut dieser Forschungen ca. 75 % aller Interaktionen als „aner kennend oder neutral“ bezeichnet werden. Dieser Anteil gilt in etwa sowohl für den Elementarbereich, sowie dem Schulbereich. Circa 20 % aller pädagogischen Interaktionen kann man als leicht verletzend bezeichnen und ca. 5 % als stark verletzend. Zu den beiden letzteren Werten gehören z. B. immer wiederkehrende Erniedrigungen oder Bestrafungen. Ich empfand diese Werte durchaus als erschreckend und auch die konkreten Beispiele, welche Frau Prengel im Nachhinein vorstellte, regten zum Nachdenken nicht nur bei mir selbst, sondern wahrscheinlich auch bei vielen anderen Teilnehmer*innen des Fachtages an.

Da ich nicht alle Inhalte des Fachvortrages hier wiedergeben kann, möchte ich es bei diesen Eindrücken belassen. Den gesamten Erfahrungsbericht, inklusive aller Workshops, könnt ihr auf unserer Internetseite lesen.

Interviews mit allen Workshopleitenden und die ersten Minuten des Fachvortrages von Frau Prof. Dr. Prengel sind in der Radiosendung „Bildung in Thüringen“ vom 20.02.2020 hörbar.

www.gew-thueringen.de/gewerkschaftsradio

Justin Walther
FSJler in der Landesgeschäftsstelle
der GEW Thüringen



Nachbetrachtung

Eine Perspektive auf den 5. Februar – nicht nur aus der Sicht der Erwachsenenbildung

Was am 5. Februar alles auf dem Spiel stand – nicht nur für die Erwachsenenbildung, sondern für ganz Thüringen. Ein kleiner Rückblick auf die vergangenen zwei Monate und Hoffnungen für die Zukunft.

Hellsichtige Köpfe kamen in den frühen Februartagen zu der Einsicht, dass die politische Situation in Thüringen stark „nach Weimar“ roch. Damals unternahm rechte wirtschaftliche und politische Eliten mehrfach Versuche, die demokratische Republik vor den Bürger*innen als (handlungs)unfähiges Gemeinwesen zu desavouieren. Sie nutzten dazu neben illegalen und terroristischen auch alle legalen formaldemokratischen Methoden. Immer im Bewusstsein, dass „das System“ vor der Bevölkerung als solches zu delegitimieren und desavouieren, möglichst große Unsicherheit zu verbreiten um die Handlungsunfähigkeit der Parlamente und Regierungen zu belegen. Aber natürlich ging es auch um knallharte reale Interessen. Zur Disposition standen v. a. die demokratischen Errungenschaften der Beteiligung, die die Weimarer Republik auch als einen sozialen Rechtsstaat auszeichneten.

Weimar ist nicht Erfurt – oder doch?

Nun sind wir nicht mehr in Weimar, sondern in Erfurt. Trotzdem ist es verblüffend, was neben der allgemeinen Verunsicherung als implizite Gemeinsamkeiten der Ad-hoc-Koalition aus FDP, CDU und AFD sichtbar werden konnte. Die programmatischen Schnittmengen der immer noch vorhandenen parlamentarischen Mehrheit aus AFD, CDU und FDP sind beeindruckend: Und sie sind gegen eine Fortführung der gegenwärtigen Erwachsenenbildungspolitik gerichtet, sodass am 5. Februar das Schlimmste zu erwarten war:

Bildungsurlaub – das Hasssymbol

Die Abschaffung des Bildungsfreistellungsgesetzes stand dabei symbolisch sicherlich an erster Stelle. Hier geht es um Arbeitnehmer*innenrechte, die mühsam erkämpft wurden und sicherlich unmittelbar zur Disposition gestanden hätten. Deren Abschaffung ist das erklärte Ziel aller drei Parteien. Ob es dabei vielleicht unmittelbar – wie bei MP und Unternehmer Kemmerich selbst - oder indirekt, wie bei der CDU, um Unternehmensinteressen allgemein geht, ist dabei mehr als zweitrangig. Und: Die AFD hat sowieso nie ein Problem damit, Rechte der „kleinen Leute“ zu kassieren. Und wenn die sich noch politisch bilden wollen ... erst recht.

Neue politische Kultur im Fadenkreuz

Die Beförderung einer demokratischen politischen Kultur, die im Rahmen des Landesprogramms „Denk Bunt“ angestoßen und ausgeweitet wurde, stand wenn nicht vor dem Aus, so doch zumindest in Frage. Das hätte die „wirkliche Mitte der Gesellschaft“, also jene, die substantiell demokratisch gesinnt sind und nicht nur formal so tun - getroffen. Diese Mitte der Gesellschaft, die sich der Demokratiebildung, der Einübung eines würdevollen Umgangs miteinander und dem Kampf gegen den Rechtsextremismus verschrieben hat. Zu Recht wäre sie angegriffen worden, hätte die Koalition des 5. Februar Bestand gehabt.

Ebenfalls zur Disposition gestellt wäre die bisherige Integrationspolitik, die von vielen Erwachsenenbildungsträgern in den letzten Jahren pädagogisch begleitet und aktiv umgesetzt wurde. Dabei hat sicher nicht nur die AFD es darauf abgesehen, die wertorientierten Bestandteile Antirassismus, Antisexismus, Antiautoritarismus und Bekämpfung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu schleifen oder gänzlich auszumerzen. Auch in Teilen der CDU und der FDP gibt es lautstarke Stimmen, deren Werthorizont deutlich eingeschränkter ist als jener der von der bisherigen Landesregierung vertreten wird. Somit hätte auch eine so vorgenommene Neujustierung die Erwachsenenbildungseinrichtungen getroffen, deren Förderung in der letzten Legislaturperiode erstmalig fördertechnisch in der Integrationspolitik institutionalisiert wurde. Zumal diese sich zu einer mehr als einmal zu einer genuin antifaschistischen Verfassungsauslegung bekannt haben.

Ziel: Arbeitnehmer*inneninteressen

In den letzten fünf Jahren wurden zudem vielfältigste Unterstützungsstrukturen für Arbeitnehmer*innen und die Gewerkschaften ermöglicht, die wohl kaum weiter auf Dauer gestellt worden wären. Hier war davon auszugehen, dass das zärtliche Pflänzchen der gleichwertigen Behandlung von Arbeitnehmer- und Unternehmer*inneninteressen in der Förderpolitik und in den europäischen Fonds, ESF etwa, zertrümmert worden wäre. Denn die Priorisierung der Unternehmerinteressen bildet das einigende Band der von CDU, FDP und auch der AFD. Gerade einer AFD, die sich zwar volkstümelnd gibt, nicht nur im Zweifel, sondern aus Prinzip aber knallhart den Vorrang des Unternehmertums im Blick hat. Deren Ungleichwertigkeitsideologie ist dort eben beileibe nicht auf Hautfarbe, Geschlecht und Religion beschränkt. Überdeckt doch die „Tümelei“ nur oberflächlich das klar hierarchisch angeordnete Gesellschaftsideal von sozialer Über- und Unterordnung.

Dass die öffentlich verantwortete Erwachsenenbildung in der bildungspolitischen Konzeption aller Parteien eher randständige Rolle spielt, ist seit Langem bekannt. Vor diesem Hintergrund wäre nicht zu erwarten gewesen, dass der Finanzierungspfad in Richtung ein Prozent der gesamten Mittel des Bildungsbereichs in den nächsten Jahren, wie unter Rot-Rot-Grün begonnen, weitergeführt worden wäre.

Der Schock des 5. Februar, den viele Beschäftigte in der Erwachsenenbildungspolitik verspürten, löste also kein Phantomschmerz aus, sondern reale Angst. Es bleibt zu hoffen, dass die so auch emotional grundierten Erkenntnisse sich nachdrücklich einprägen. Und zu politischem Handeln über den eigenen Tellerrand hinweg motivieren.

Uwe Roßbach

Leiter des Referats Erwachsenenbildung und berufliche Fort- und Weiterbildung



Ministerpräsidentenwahl Thüringen

Causa Kemmerich: Die Notwendigkeit solidarischer Gewerkschaftsarbeit

Für das Land Thüringen war der Jahresbeginn eine aufreibende Zeit seiner Geschichte. CDU, FDP und AfD wählten gemeinsam Thomas Kemmerich, den Kandidaten der kleinsten Landtagsfraktion, im dritten Wahlgang zum Ministerpräsidenten des Freistaates. Kemmerich nahm die Wahl ohne Bedenken an und löste damit die bis dahin geschäftsführende Regierung Ramelow ab.

Der Vorgang wurde zum Politikum und stürzte nicht nur Thüringen, sondern ganz Deutschland in eine politische Krise. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik wurde ein Ministerpräsident nur durch die Stimmen der AfD möglich, also einer Partei, die insbesondere in Thüringen mittlerweile fest im weit rechten bis rechtsextremen Spektrum verortet ist. Der gesellschaftliche Aufschrei blieb nicht aus, innerhalb kürzester Zeit gab es Proteste in ganz Thüringen. Schnell schlug der Fall Wellen auch in der bundesweiten Politik. Kemmerich weigerte sich zunächst einen Fehler zu erkennen, erklärte aber dann nach etwas mehr als 24 Stunden seinen Rücktritt. Die ihm zustehenden Bezüge wollte er zunächst einem AfD-nahen Verein spenden, erklärte dann aber letztendlich doch diese an die Landeskasse zurückzahlen zu wollen. Eigene Einsicht schien dabei nicht Motivation zu sein; am Ende wurde aber selbst Kemmerich wohl klar, dass es angesichts des großen Widerstandes de facto unmöglich werden sollte eine halbwegs geregelte Regierungsarbeit hinzulegen.

Einen Monat später, nach zähem Ringen, kommt es erneut zum Wahlgang. Die Protagonisten sind ähnlich, nur dass dieses Mal die AfD sichtbarer aus dem Schatten tritt. Bodo Ramelow auf der einen Seite, Björn Höcke auf der Anderen. Der vorherige Ministerpräsident gegen den Königsmacher des Interims-Präsidenten. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Wahl hier relativ einfach: Gewerkschafter oder Rechtsextremist. Letzterer steht für eine Partei, die sich noch nicht festgelegt hat ob sie eher einen neoliberalen oder völkisch-nationalistischen Ansatz in der Arbeits- und Sozialpolitik folgt. Durchgesetzt hat sich am Ende dann doch Ramelow. Während die CDU sich dieses Mal zumindest weitgehend zu enthalten schien, entzog sich die FDP der Debatte komplett und stimmte einfach gar nicht ab.

Die Tatsache, dass es überhaupt so weit kommen konnte, sollte hingegen jede:r Bürger:in¹ des Bundeslandes eine Warnung sein. Dementsprechend war es folgerichtig, dass sich die GEW so eindeutig nach der Wahl Kemmerichs positioniert hat. Wer Gute Arbeit fordert, kann sich nicht politischen Debatten um Gutes Leben für alle entziehen.

Bei der Abschlusskundgebung einer kurzfristig organisierten Demo Mitte Februar mit fast 20.000 Teilnehmenden sprachen folgerichtig Thüringer GEWler: Thomas Hoffmann, stellvertretender Landesvorsitzender, sowie Matthias Gothe, Mitglied des Landesausschusses Diversity der Gewerkschaft. Beide sprachen dabei von den Erfahrungen und Befürchtungen von Menschen in diesem

Land, die besonders die drohende Legitimierung der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten zu befürchten haben und bereits jetzt unter einem wandelnden politischen Klima zu leiden haben. Thomas Hoffmann hat das anschaulich aus seiner eigenen Arbeit an einer Hochschule beschrieben: „Niemand hatte ich gedacht, dass es jemals zu meinen Dienstaufgaben gehören wird, Studierende im Krankenhaus zu besuchen, die Opfer einer rassistischen Gewalttat geworden sind. Studierende zur Polizei zu begleiten, um Anzeigen zu erstatten. Viel Zeit zu nehmen, damit traumatisierte Studierende einen Zuhörer finden.“

Auch sonst ist deutlich, was diese schleichende Normalisierung und Legitimierung der Zusammenarbeit mit der AfD für unsere konkrete Arbeit bedeuten könnte. Die Einschüchterungsversuche durch die Einrichtung von AfD-Meldeportalen und die Ablehnung von Projekten politischer Bildung ist vielen von uns ein Begriff. Unter dem Vorwand einer falsch verstandenen Neutralität soll hier die Erziehung zur kritischen Persönlichkeit verhindert und das Eintreten für die freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterbunden werden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht muss es um also zwei Sachen gehen: Um die konkreten Menschen vor Ort, die unter einem Rechtsruck zu leiden haben und von Rechten eingeschüchtert werden, aber auch um das große Ganze. Gewerkschaft muss sich an einem solchen Bruchmoment der Demokratie dann doch als mehr als nur Verwaltung und Service erweisen: Es geht um die Vision von Gesellschaft. Die Kernfrage ist: sehen wir uns als Teil einer Bewegung für eine vielfältige, reale Utopie, in dem Gute Arbeit, Gutes Leben und Menschenwürde im Mittelpunkt stehen?

Thomas Hoffmann hat diese Frage für sich selbst bereits beantwortet und auf der Demo in Erfurt an alle appelliert:

„Lasst uns solidarisch kämpfen für ein offenes und tolerantes Thüringen, ein demokratisches und vielfältiges Thüringen, in dem die Menschenrechte gelten und die Menschenwürde respektiert wird. Lasst uns kämpfen für ein Thüringen, in dem jeder Mensch wertgeschätzt wird und einen Platz findet!“

Heiner Schulze
Mitglied im Landesausschuss Diversity



¹ Die Verwendung einer inklusiven Schreibweise jenseits eines generischen Maskulinums soll Menschen jeglichen Geschlechts einschließen. Der Doppelpunkt statt eines Sternchens oder eines Unterstrichs ist für Screenreader besser zu lesen und damit barriereärmer.

Mein Jahr in der GEW

Aus dem Leben eines Freiwilligen – Teil 4

In diesem vierten Teil der Reihe berichte ich unter anderem von meiner zweiten Seminarwoche, meinen Erlebnissen rund um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen und von meiner Arbeit in der Landesgeschäftsstelle der GEW Thüringen.

Seit Anfang September bin ich im Rahmen des FSJ-Politik in der Landesgeschäftsstelle der GEW-Thüringen tätig. Hier unterstütze ich vor allem den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Das bedeutet, dass ich an der Internetseite, der Mitgliederzeitung und im GEW-Radio „Bildung in Thüringen“ mitarbeite. In den folgenden Monaten werde ich darüber hinaus Schritt für Schritt Einblicke in die anderen Fachbereiche der GEW bekommen.

Das war meine zweite Seminarwoche

In der letzten Januarwoche machten sich 8 Freiwillige des FSJ-Politik auf in das beschauliche niedersächsische Dorf Tettenborn. Das sagt Euch nichts? Uns bis zur Ankunft auch nicht! Grund für den kleinen Ort war das gemeinsame Absolvieren der Seminarwoche mit ca. 40 Freiwilligen des FSJ-Politik aus Niedersachsen. Das hieß viele neue Gesichter und Namen kennenlernen, was aber im Grunde sehr gut geklappt hat. Die Unterbringung in geräumigen Mehrbettzimmern, das schlechte Wetter und die gemeinsamen Workshops trugen dazu natürlich auch bei. Ziel der Seminarwoche war natürlich nicht nur das Kennenlernen anderer Freiwilliger, sondern natürlich auch die politische Bildung, welche in verschiedenen Workshops zum Ausdruck kam. So konnten sich die Freiwilligen dem Thema Nachhaltigkeit in einem Upcycling Workshop widmen, oder in einem Performance Workshop ihren Ausdruck und ihr Auftreten üben oder sie konnten sich in einem Foto-Workshop kritisch mit ihrer Umwelt und Umgebung auseinandersetzen.

Ich selbst nahm an einem sogenannten Planspiel zum Thema „Europäisches Parlament“ teil. Das hieß, dass alle Teilnehmer*innen Rollen von fiktiven Abgeordneten zugeteilt bekamen und dann in Fraktions- und Ausschusssitzungen mit einer internationalen Krise umgehen mussten. Wir lernten so am aktiven Beispiel Funktionsweisen und Arbeitsmechanismen in Parlamenten näher kennen. Und tatsächlich konnten wir nach drei Tagen Arbeit auch eine Resolution verabschieden – auch wenn dazu viel Überzeugungskraft nötig war.

Zum Ende der Seminarwoche, in welcher wir uns zum Frühstück und Abendessen auch selbst verpflegen mussten, begannen wir die Planung unseres nächsten gemeinsamen Seminars, welches unter dem Thema „Utopie“ gestaltet werden soll.

Was passierte hier eigentlich in Thüringen?

Kaum zurück aus der Seminarwoche stand hier in Thüringen die Wahl des Ministerpräsidenten an, in welcher wie allen bekannt Thomas Kemmerich von der FDP gewählt wurde. An diesem 5. Februar war es kurz nach dem Mittag auch in unserer LGS für einige Minuten gespenstisch still. Natürlich haben wir auch die Wahl verfolgt und der Ausgang schockierte uns alle. Ich, selbst auch in der SPD und bei den Jusos engagiert, verfolgte die Geschehnisse noch am gleichen Tag vor dem Thüringer Landtag und nur wenige Tage später bei der großen Kundgebung in Erfurt an der Seite von vielen Gewerkschaften, Verbänden und Parteien.

Mittlerweile hat sich einiges getan. Es gab einige Rücktritte, neue Verhandlungen und nun bald wohl doch eine Regierung. Ich jedenfalls werde diese Geschehnisse in Thüringen weiter verfolgen und mich auch weiter aktiv beteiligen – egal ob für die GEW oder für meine Partei.

Das habe ich für die GEW erlebt

Eine Sache bin ich Euch ja noch aus der Februar-Ausgabe schuldig. Damals schrieb ich von der Planung für die Horterzieher*innen Kundgebung. Leider konnte ich selbst nicht anwesend sein, da ich gerade in meiner Seminarwoche war, jedoch konnte ich nur positives mitbekommen. Es kamen mehr Teilnehmer*innen als erwartet und ja wir konnten unsere Anliegen an die Landespolitik weiterreichen.

Außerdem fand am 18. Februar unser GEW-Fachtag zum Thema „Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ statt. Zu einem besseren Zeitpunkt hätte dieser Fachtag aufgrund der politischen Geschehnisse in Thüringen wohl nicht stattfinden können. An diesem Tag wurde nochmal eines klar: Man kann nie früh genug mit Demokratiebildung und Mitbestimmung im Leben anfangen! Gemeinsam mit unserer Radio-Koryphäe Richard Schaefer war ich auf dem Fachtag unterwegs und führte mit allen Referent*innen für unsere Radiosendung „Bildung in Thüringen“ Interviews. Die Radiosendung könnt Ihr natürlich jederzeit online nachhören. (www.gew-thueringen.de/gewerkschaftsradio/)

Aktuell schreibe ich an meinen Beiträgen für diese April-Ausgabe der „thüringer zeitschrift“, was unter anderem einen ausführlicheren Bericht des GEW-Fachtages betrifft. In der kommenden Juni-Ausgabe könnt ihr euch schon über weitere Berichte z. B. über mein „Utopie Seminar“ freuen.

Justin Walther
FSJler in der Landesgeschäftsstelle
der GEW Thüringen



**schulfahrt.de**
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

Wunschtermin 2021 sichern!

Reservieren Sie jetzt Ihren Wunschtermin 2021 – bevor es andere tun!

Kein Risiko, denn **NULL Anzahlung** bei Busreisen bis Jahresende, **kostenfreie Stornierung** bei Busreisen bis Ende September!



Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde

Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de



Einladung

Gesundheitswochenende am 11./12.07.2020 im AKZENT-Hotel „Am Burgholz“ in Bad Tabarz

Dies ist eine Kooperationsveranstaltung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mit der GEW-Wirtschaftsdienst GmbH und dem DGB-Bildungswerk Thüringen.

Workshop 1:

„Achtsamkeit – ein Anker in den Turbulenzen des Lebens“

Dr. Sabine Trott, MBSR-Lehrerin, Ilmenau

In unserem Alltag bewegen wir uns oft gestresst von einem Punkt auf der To-do-Liste zum nächsten. Wie kann Achtsamkeit uns unterstützen, aus dem Hamsterrad auszusteigen, innezuhalten und bewusst zu entscheiden, was jetzt wirklich wichtig ist? Inhalt des Workshops sind Informationen und Austausch zum Thema Achtsamkeit sowie viele praktische Übungen, von denen einige in den Alltag übernommen werden können. So wird Entspannung und ein neuer Blick auf unsere Lebenswirklichkeit erfahrbar. Der Workshop ist sowohl für den Einstieg in das Thema als auch zur Wiederholung und Vertiefung geeignet.

Workshop 2: „Träumen mit den Füßen“

Simone Thoms, Dipl.-Motologin & Diplomarbeit über Folktaiz; Marlies Rabisch, Dipl.-Lehrerin, seit 30 Jahren erfahrene Tanzanleiterin mit Leidenschaft, Erfurt

Ihr geht mit uns auf eine Reise in die Welt des Folktaizes. Lebenslust und Offenheit, Entspannung und Zentrierung sind einige Wirkungen der internationalen Kreis- und Paartänze, die wir mit euch teilen. Manche Tänze betrachten wir genauer durch kurze Vorträge zur Entstehung, gemeinsames Singen, durch Erzählungen und Fotos. Jede und jede kann mitmachen, Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Workshop 3: „Der Berg ruft“

Sven Drößmar, Dipl.-Sportwissenschaftler, Lina Reichenbach, Physiotherapeutin, zept Bad Tabarz

Sich bewusst zu bewegen kommt im stressigen Alltag viel zu kurz. Doch Bewegung steht an erster Stelle auf dem Weg zu einem gesunden und schönen Körper sowie einem fitten Geist. Wir werden uns im Workshop verstärkt mit den konditionellen Fähigkeiten Ausdauer, Kraft und Koordination befassen. Themen sind: die Vermittlung von theoretischen und praktischen Grundlagen, Power-Walking beim Laufen auf dem Inselfberg, Kraftausdauer beim Klettern am

Fuße des Inselfberges, funktionelles Ganzkörpertraining, wenn die Zeit mal knapp ist, und bei schlechtem Wetter Aquafitness. Eine gesunde Grundfitness ist für die die Teilnahme wünschenswert.

Organisatorisches

- Beginn: Samstag, 11.07.2020, 10:00 Uhr
- Ende: Sonntag, 12.07.2020, 13:30 Uhr (danach Mittagessen auf Wunsch)
- Teilnahmegebühr: GEW-Mitglieder 95 Euro, Nicht-GEW-Mitglieder 210 Euro; Zahlung in Raten nach Absprache möglich
- Sollte das Interesse bestehen, Kinder mitzubringen, wende dich umgehend nach der Anmeldung an Marlis Bremisch, Tel.: 0361 59095-21, marlis.bremisch@gew-thueringen.de
- Anmeldungen nehmen wir ausschließlich mit dem abgedruckten Anmeldeformular (per Post oder per Fax) bzw. online entgegen unter: www.gew-thueringen.de/gesundheitswochenende
- Anmeldeschluss ist der 14.06.2020. Die Anmeldebestätigung erfolgt nach dem 14.06.2020.
- Die Anmeldung ist verbindlich. Der/Die Teilnehmer*in hat das Recht, schriftlich ohne Angabe von Gründen bis 22.06.2020 kostenfrei von der Teilnahme zurückzutreten. Bis 29.06.2020 ist der Rücktritt gegen Zahlung einer Stornogebühr von 50 % der Teilnahmegebühr möglich. Erfolgt der Rücktritt nach dem 29.06.2020 oder erscheint der angemeldete Mensch nicht auf der Veranstaltung, wird die volle Teilnahmegebühr erhoben.
- Die Unterbringung erfolgt in Einzelzimmern, wenn gewünscht und möglich auch in Doppelzimmern.
- Am Abreisetag besteht die Möglichkeit, nach Ende der Workshops einen Mittagsimbiss für 15 Euro einzunehmen. Der Betrag ist bei der Anreise an der Rezeption zu entrichten.

Schriftliche Anmeldung bitte senden an:

GEW Thüringen | Heinrich-Mann-Str. 22 | 99096 Erfurt

Faxen an: 0361 590 95-60 oder anmelden

unter: www.gew-thueringen.de/gesundheitswochenende

Hiermit melde ich mich **verbindlich** zum Gesundheitswochenende an.

Name, Vorname: Mitglieds-Nr.:

Straße, Hausnr.: PLZ, Wohnort:

Telefon (p/d): E-Mail:

Workshopwunsch (Nr. oder Titel): Alternativwunsch (Nr. oder Titel):

Übernachtung im Einzelzimmer: oder im Doppelzimmer: Ich möchte Kinder mitbringen (Anzahl/Alter):

Ich möchte vegetarisches Essen: Ich möchte veganes Essen:

Ich möchte am Mittagsimbiss am Abfahrtstag (12.07.) teilnehmen: ja nein

Datum Unterschrift:

Einladung

Die GEW (neu) entdecken

Gewerkschaftliche
Bildungsarbeit der GEW



Ein Seminar für neue und nicht mehr so neue GEW-Mitglieder

Du bist neu in der GEW und fragst dich, wie bei uns alles funktioniert? Oder bist du schon länger dabei, willst nun jetzt Genaueres über uns wissen? Dann bist du in diesem Seminar genau richtig, denn hier geht es um Grundlegendes zu Arbeitsweisen, Struktur, Ansprechpartner*innen und Themen. Obendrein lernst du nette Menschen kennen, die in derselben Situation sind wie du.

Wir freuen uns auf dich!

Zum Seminar:

Ort:

AKZENT-Hotel „Am Burgholz“ Bad Tabarz

Zeit:

Freitag, 15.05.2020, 16:00 Uhr mit einem Begrüßungskaffee bis
Samstag, 16.05.2020, 14:00 Uhr nach dem Mittagessen

Leitung:

Marlis Bremisch, Referentin für Bildung der GEW Thüringen
Felix Osterloh, junger GEWler

Organisatorisches:

- **Anmeldeschluss: 28.04.2020**
- Die Teilnahmebestätigung erfolgt nach dem Anmeldeschluss per Mail.
- Die Teilnahme ist kostenfrei. Es entstehen lediglich Kosten für die An- und Abreise.
- Die Unterbringung erfolgt in Einzelzimmern.
- Das Hotel ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Thüringer Waldbahn) erreichbar und es stehen auch genügend Parkplätze am Hotel zur Verfügung.

Für Fragen zum Seminar und zur Anmeldung steht zur Verfügung:
Marlis Bremisch, Tel. 0361 · 590 95 21, Fax: 0361 · 59 09 560

Mail: marlis.bremisch@gew-thueringen.de

Eine Anmeldung ist ebenfalls möglich unter:

www.gew-thueringen.de/Neumitgliederseminar

Wenn Du teilnehmen möchtest, das aber schwierig wird, weil Du Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen hast, dann melde Dich bei Marlis Bremisch, damit wir gemeinsam nach einer Lösung schauen können.

Seminar

Völkischer Antikapitalismus und nationaler „Sozialismus“

Tradition und Neuorientierung in den Strategiedebatten der Neuen Rechten und der AfD

Seit ihrer Gründung bewegt sich die AfD im Spannungsfeld national-neoliberalen und national-konservativen – zum Teil faschistischen – Kräftegruppierungen. Die im sog. „Flügel“ der AfD um Björn Höcke versammelte einflussreiche Neue Rechte unternimmt dabei seit einiger Zeit den Versuch, sich linke kapitalismuskritische Theorieansätze anzueignen und für einen „Antikapitalismus von rechts“ nutzbar zu machen. Gleichzeitig wird die Denkfigur des „nationalen Sozialismus“ aktualisiert. Daher ergeben sich für die linke Theoriebildung und antifaschistische politische Bildung neuartige Anforderungen.

Im Seminar geht es konkret um:

- Individuum und Staat – das skeptische Menschenbild der Neuen Rechten als Dreh- und Angelpunkt rechter Theoriebildung,
- die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ und eines „nationalen Sozialismus“ – Einhegung politischer Kämpfe und Entschärfung rechter Kapitalismuskritik,
- „Erkenne die Lage!“ – Analyse der Wahlen 2020 in Thüringen und Hamburg sowie der Empfehlungen für eine strategische (Neu-)Ausrichtung der AfD,
- Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für eine antifaschistische, demokratische politische Bildungsarbeit?

Seminarleitung:

Dr. Heidemarie Dießner, Dr. Werner Dießner, Institut für SozialManagement, Markkleeberg

Organisatorisches:

- Beginn: Freitag, 19.06.2020, 16:00 Uhr
- Ende: Samstag, 20.06.2020, 16:00 Uhr
- Ort des Seminars:
GEW-Landesgeschäftsstelle | Heinrich-Mann-Str. 22 | 99096 Erfurt
- Für eine notwendige Unterkunft sind die Teilnehmer*innen selbst verantwortlich.
- Für GEW-Mitglieder ist die Teilnahme am Seminar kostenlos. Die GEW Thüringen unterstützt eine notwendige kostenpflichtige Unterkunft nach Nachweis der Kosten mit max. 40 Euro.
- Nicht-GEW-Mitglieder zahlen 15 Euro Zuschuss zu den Verpflegungskosten; Unterbringungskosten werden nicht bezuschusst.
- Anmeldeschluss ist der 07.06.2020. Die Anmeldebestätigung erfolgt danach.
- Fragen und Anmeldung: Marlis Bremisch,
Mail: marlis.bremisch@gew-thueringen.de, Tel.: 0361 59095-21 oder www.gew-thueringen.de/neue-rechte

Veranstaltungshinweis

Politische Bildung und Professionalisierung

Fachtagung für Personal in der beruflichen Bildung und Weiterbildung

Bereits im Herbst 2018 hatte die von der GEW mitgetragene „Hofgeismarer Erklärung zur politischen Bildung“ konstatiert: „Gesellschaften in Europa driften auseinander, Parteiensysteme sind erschüttert, globale Entwicklungen verursachen Ängste und Verunsicherung. Viele Menschen suchen Antworten im Rückzug auf nationale Räume, illiberale und autoritäre Führungen. Menschenverachtung und Hass verbreiten sich in den vermeintlich „sozialen“ Medien. Eine große Distanz und Ablehnung von politischen Akteuren, Institutionen, Medien und öffentlichen Diskursen bedrohen demokratische Verfahren. Diese Phänomene spiegeln gesellschaftliche Konflikte und verweisen zugleich auf offenkundige Defizite und einen dringenden Handlungsbedarf zur Stärkung Politischer Bildung in der Schule.“

Mit Blick auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag sind insbesondere von der Arbeitgeber- und Wirtschaftsseite latent geäußerte Begehren der ausschließlichen Ordnung der Bildungsinhalte unter die Maßgabe der beruflichen Qualifikation bzw. der wirtschaftlichen Bedarfslagen zurückzuweisen. In gleicher Weise wird erkennbar, dass

die im vergangenen Sommer verabschiedete „Nationale Weiterbildungsstrategie“ ihre bisherige Engführung auf die berufliche zugunsten der allgemeinen und politischen Weiterbildung erweitern muss, soll tatsächlich eine neue „Weiterbildungskultur“ bewegt werden. Dass und in welcher Form die für den Bereich der Schule vorgetragene Erkenntnis auch und gerade auf den Gebieten der beruflichen Bildung sowie der Weiterbildung gelten, ist ebenso Gegenstand der Tagung wie die immer wieder bemühte Forderung einer verstärkten Professionalisierung des Bildungspersonals, um die gesellschaftlich erwünschte Qualität von Bildungsprozessen zu erreichen.

Veranstaltungsinformationen:

- Findet statt am 18. und 19. Juni 2020 im Schloss Schwerin, Sitz des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern
- Gemeinsame Veranstaltung der GEW und des DGB Nord
- Mehr Informationen zur Veranstaltung unter: www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/fachtagung-politische-bildung-professionalisierung-schwerin/

Veranstaltungshinweis

Sich ergeben ist keine Option!

Gewalt gegen Lehrkräfte, Erzieher*innen und Sonderpädagogische Fachkräfte. Unser gemeinsames Angebot kann Antworten und Anregungen geben.

In der Veranstaltung geht es u. a. um:

- Sind Gewalttätigkeiten zu verhindern?
- Wie begegne ich Gewalttätigkeiten in virtuellen und realen Welten?
- Wehre ich mich? Gibt es Notwehr Kindern gegenüber?
- Das Mysterium der Schulunfähigkeit

Zeit: Dienstag, 19.05.2020, 15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Ort: Staatliches Gymnasium „Hermann Pistor“
Dammstr. 50 | 96515 Sonneberg

Anmeldung nur online unter:

www.gew-thueringen.de/tatort-schule

Anmeldeschluss: 11.05.2020

Als einen Anregungsgeber ist Kai Christ Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei zu Gast.



Hildburghausen

Unsere Tagesfahrt

In den vergangenen Jahren bemühten sich die Seniorenvertreterinnen des GEW-Kreisverbandes Hildburghausen mit vielfältigen Veranstaltungen, die Kontakte unter den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu vertiefen und auch den Faden zu den im Schuldienst aktiven Mitgliedern nicht abreißen zu lassen. Neben regelmäßigen Treffen gehört dazu auch eine Tagesfahrt. Ausflüge nach Erfurt, Jena, an den Main oder in den Hainich sind Beispiele für gelungene Aktionen.

Aber: Warum in die Ferne schweifen ...

In diesem Jahr wollen wir einige Regionen der näheren Umgebung ins Auge fassen. Am Samstag, dem 27.06.2020, ist eine Rundfahrt durch das Unterland des Kreises Hildburghausen geplant. Das sogenannte Unterland war aufgrund seiner Grenz Nähe zur BRD bis zur Wende nur mit Hilfe eines Passierscheins erreichbar. Es ist reich an geologischen Besonderheiten, gelebten Traditionen, kultureller Vielfalt und verkörpert interessante Zeitgeschichte.

9.30 Uhr: Abfahrt in Hildburghausen auf dem Polizeiparkplatz.

10.00 Uhr: Besuch des Deutschen Burgenmuseums Veste Heldburg mit Führung | Es folgt eine Weiterfahrt nach Rieth mit Mittagessen und Besichtigung des Dorfes.

14.00 Uhr: Besuch der Hermann-Lietz-Schule in Haubinda mit Führung und Kaffeetrinken

Von GEW-Mitgliedern erheben wir einen Unkostenbeitrag von 15 €, Nichtmitglieder sind mit 20 € dabei.

Für weitere Planung und Organisation bitten wir um verbindliche Anmeldungen bei Jutta Enders unter der Mailadresse wolfgangenders@t-online.de oder der Telefonnummer 036 85 · 700 405. Der Anrufbeantworter kann benutzt werden. **Anmeldeschluss ist der 30. April 2020.**

Wir laden alle interessierten Kolleginnen und Kollegen ein, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen!

Gotha

Preisübergabe an eine GEW-Kollegin und ihre Schüler*innen mit dem besonderen Durchblick

Im Auftrag des Kreisvorstands übergab ich bei meinem Überraschungsbesuch am Perthes-Gymnasium Friedrichroda einen Preis an unsere GEW-Kollegin Angela Schwarz, Leiterin der AG Schülerzeitung DURCHBLICK, und das gesamte Redaktionsteam.

Auf der Internetseite der GEW Thüringen habe ich mit viel Interesse Ende vergangenen Jahres ein Interview von Michael Kummer, unserem Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, mit Angela Schwarz, Leiterin der AG Schülerzeitung DURCHBLICK vom Perthes-Gymnasium Friedrichroda, gelesen. Obwohl die Schule zu unserem Kreisverband gehört, war mir im Vorfeld gar nicht bewusst, welche tolle Arbeit das Redaktionsteam um Frau Schwarz dort leistet.

2019 war für diese Schüler*innen und ihre Betreuerin ein besonderes Jahr, erfuhren sie doch vom Bildungsministerium doppelte Ehrung: Beste Schülerzeitung Thüringens 2019 (übrigens nicht zum ersten Mal) und den Sonderpreis Demokratiebildung für die Ausgabe „Was ist eigentlich mit unserer Welt los? Demokratie braucht Dich!“.

Darüber habe ich in unserer letzten Vorstandssitzung des vergangenen Jahres berichtet. Weil unser Kreisvorstand regelmäßig Projekte unterstützt, in denen sich eine Schule ganz besonders als Lern- und Lebensort verwirklicht, habe ich Kontakt zur Schule gesucht, über Michael auch gefunden und ihn gleich als Fotografen „engagiert“ - wollten wir doch dem Ministerium nicht nachstehen und die super Arbeit des Redaktionsteams belohnen.

Voller Neugierde auf die Zeitungsmacher*innen ging es nach Friedrichroda. Wir sind in den Beginn der Redaktionssitzung geplatzt, wurden durch Konstantin Zimmermann, einen der beiden Chefredakteure, herzlich begrüßt. Was für ein Gewusel von ca. 20 Redakteurinnen und Redakteuren ab Klassenstufe 5! Kein Platz zum Fotografieren, deshalb ging es in die neu gestalteten Aula. Dort habe ich ihnen die GEW vorgestellt und begründet, warum unser Kreisvorstand ihr Team für die mitgebrachte Spende in Höhe von 150,- € ausgewählt hat.

Welche Schule kann schon von sich sagen, dass sie durchgängig seit 1993 eine Schülerzeitung herausgibt, bei der alle gleichberechtigt an einer Ausgabe arbeiten, wobei ständig die Jüngeren von den Älteren lernen? Frau Schwarz betreut die AG und fungiert als Lektorin, ohne den Mitgliedern die Organisation aus den Händen zu nehmen. Mich begeisterte dieser Erarbeitungsprozess und ich erfreute mich an dem Enthusiasmus, mit dem an den neuen Publikationen gearbeitet wird.

Schnell hatten sich alle zum Gruppenbild und zum Bild der Spenden-Übergabe aufgestellt, wartete doch im AG-Raum die Arbeit am neuen DURCHBLICK. Auf meine letzte Frage, wofür das Geld Verwendung finden wird, erfuhr ich, dass es mit in den Kauf eines neuen Laptops fließen soll.

Wir wünschen dem Redaktionsteam weiterhin viele gute Ideen, viele Leser*innen und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Ursula Wilhelm
Kreisvorsitzende der GEW Gotha

Gotha

Van Gogh, Hundertwasser und ein Hauch von Venedig

Alles an einem Tag? Das ist möglich, wenn du mit uns am 27. Juni 2020 nach Leipzig kommst. Gemeinsam haben wir geplant ins Kunstkraftwerk nach Leipzig zu fahren. Das ehemalige Heizwerk im Stadtteil Lindenau/Plagwitz beherbergt eine spektakuläre Video-show. Nicht nur die oben genannten Künstler werden uns verzaubern, wir erleben auch die Wunderwelten von Alice, die Geschichte der Heizhalle in Bildern und eine Show, inspiriert vom Buch „Die unsichtbaren Städte“. Man darf gespannt sein! Am Nachmittag lernen wir Leipzig als eine Wasserstadt kennen. Mit einem Motorboot geht es durch die Flusslandschaft der Weißen Elster und des Karl-Heine-Kanals. Eindrücke, vorbei am Palmengarten, den Buntgarnwerken und dem Riverboot, erlauben uns eine neue Sicht auf diese Stadt. Für GEW-Mitglieder wird die Busfahrt vom Kreisverband getragen, lediglich der Gruppeneintritt im Kraftwerk und die Bootsfahrt pro Person in Höhe von 20 € sind selber zu zahlen. Für Nichtmitglieder kostet es 35 Euro. Die Abfahrt des Busses erfolgt am 27.06.20 7:30 Uhr am ZOB Mohrenstraße, weitere Zustiegsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Rückfahrt ist für 17:00 Uhr ab Leipzig geplant.

Wer Lust hat uns zu begleiten, kann sich per Mail bis zum 04. Juni 2020 bei uns anmelden. Die Kapazität ist begrenzt. Sollten wir mehr Anmeldungen haben, werden wir die Fahrt im September erneut anbieten.

Hier noch einmal unsere Kontaktdaten: kv.gotha@gew-thueringen.de
Die Kassierung erfolgt am 04. Juni und 18. Juni 2020 jeweils zu den Sprechzeiten von 16:00 bis 17:00 Uhr in unserem Büro „Löfflerhaus“.

Wir freuen uns auf viele Teilnehmer!
Euer Kreisvorstand der GEW Gotha

Ilm-Kreis

Ehrung der Jubilare

Liebe Mitglieder des GEW-Kreisverbandes, in diesem Jahr ist es wieder soweit. Wir laden Euch und Euren Partner recht herzlich zu unserem 5. Herbstball ein. Er findet diesmal allerdings schon im Spätsommer statt, genauer gesagt am 18.09.2020 um 17.30 Uhr.

Da uns vor zwei Jahren die Gemeindegaststätte Haarhausen (Die Lange Straße 3) vorzüglich bewirtet hat und alles bestens vorbereitet war, haben wir uns wieder für diese Gaststätte entschieden. Zu Beginn dieser Veranstaltung findet die Ehrung unserer Jubilare statt. Im Anschluss gibt es ein reichhaltiges Buffet und es darf bei Musik getanzt und natürlich auch geplaudert werden.

Für GEW Mitglieder kostet die Eintrittskarte 5 €. Sollte dein Partner kein GEW Mitglied sein, kostet die Eintrittskarte für sie/Ihn 20 €. Jubilare erhalten eine gesonderte Einladung und haben natürlich freien Eintritt.

Anmeldungen können ab sofort im Büro oder per Mail: kv.ilm-kreis@gew-thueringen.de erfolgen. Die Karten können dann im **Vorverkauf am 01.07.2020 und 02.09.2020** im Büro (Arnstadt, Alte Feldstraße 5) in der Zeit von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr erworben werden. Sammelabrechnungen sind sinnvoll.

Auf Euer Kommen freut sich der Kreisvorstand



Saalfeld-Rudolstadt

Ein ereignisreiches Jahr für die GEW Saalfeld-Rudolstadt

Die GEW des Landkreises als eine kämpferische und mitgliederstarke Vertreterin der Interessen von Lehrer*innen, Erzieher*innen und Geistesschaffenden blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurück. Ein Jahr, das geprägt war durch heftige tarifliche Kämpfe und Streiks, aber auch durch kulturelle Ereignisse und gesellige Höhepunkte im gewerkschaftlichen Leben.

Deutlich sichtbar wurde dies im Oktober während unserer Jubiläumsveranstaltung der GEW im Hotel Bergfried in Saalfeld. Die Ehrung langjähriger Mitglieder wurde auch dieses Jahr von der Grundschule „Marco Polo“ Saalfeld mit einem kleinen Programm umrahmt. Mit ihren gekonnt dargebotenen Liedern, Tänzen und Instrumentalmusik schufen die Schülerinnen und Schüler eine feierliche und zugleich heitere Atmosphäre. Anknüpfend daran zog die Kreisvorsitzende Heike Winzer Bilanz der Jahresarbeit unseres Verbandes.

Das Jahr begann bereits im Januar mit einem furiosen Auftakt. Die Verhandlungen in Potsdam um einen neuen Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder wurden von Demos und Warnstreiks begleitet. Kolleginnen und Kollegen aus ganz Thüringen unterstützten in Erfurt und Jena mit wirksamen Manifestationen die Verhandlungspositionen ihrer Interessenvertreter, zu denen auch unsere Kollegin Ulricke Rausch, Mitglied der Bundestarifkommission der GEW, zählte. Am 2. März erfolgte der Verhandlungsabschluss. In ihm einigten sich die Tarifparteien auf eine stufenweise Entgelterhöhung um 8 % bis 2021, was ebenso für die Beamten übernommen wurde.

Eine wesentliche Rolle spielte das politische und kulturelle Engagement im Wirken des Kreisverbandes. So trugen unsere Kollegen im März aktiv zum Gelingen der Frauentagsveranstaltung des DGB, der Gleichstellungsbeauftragten Saalfelds und der Seniorenbeauftragten des Landkreises bei. Sichtbar im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Anspruch, den Frauentag als politischen Tag zu führen. Trotz 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland ist bis heute keine wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Frauen erreicht. In unserer Bundesrepublik bekommen Frauen u.a. 21 % weniger Lohn als Männer. Das ist einer der letzten Plätze in der Europäischen Union.

In die Reihe der politischen Aktivitäten ordnete sich das Auftreten unseres Kreisverbandes am 1. Mai ein. Die GEW nahm unter der Regie der Kollegin Renate Möbius mit einem Infostand an der Maifeier in Saalfeld teil. In regen Diskussionen und Gesprächen zeigten sich die Bürger besonders an Bildungsfragen und den gewerkschaftlichen Positionen dazu interessiert.

Neben den politischen Aspekten der Tätigkeit des Kreisvorstandes und unserer Mitglieder kamen die kulturellen und geselligen Aktivitäten nicht zu kurz. Im April erfolgte der Start mit dem traditionellen Frühjahrspaziergang, in diesem Jahr mit der Erkundung des Parks und anschließender Führung durch die Villa Bergfried. Frau Wagner machte uns kenntnisreich und unterhaltsam mit der Baugeschichte des Hauses und der Geschichte der Industriellenfamilie Hüther bekannt.

Ebenfalls traditionell führten wir eine Veranstaltung anlässlich des ehemaligen „Lehrertages“ durch. Diesmal ging es ins Schloss Schwarzbürg. Mit dieser Veranstaltung bedankte sich der Kreisvorstand bei allen Kolleginnen und Kollegen sowie Ruheständlern für ihre verantwortungsvolle pädagogische Arbeit. Nach dem Besuch der neuen Ausstellung im Zeughaus klang die Veranstaltung am Abend mit interessanten Gesprächen und einem gemeinsamen Abendessen aus.

Noch zu erwähnen ist unsere Weihnachtsfahrt, die jährlich zahlreich von unseren Mitgliedern und deren Angehörigen genutzt wird. Im ausgebuchten Bus fuhren wir ins Erzgebirge, nach Seiffen. Neben dem sehenswerten Weihnachtsmarkt mit viel erzgebirgi-

scher Schnitzkunst nutzten die Kolleginnen und Kollegen ausgiebig die Möglichkeit zur Besichtigung der Schauwerkstätten, um sich vor Ort mit der Entstehung der handwerklichen Kostbarkeiten vertraut zu machen.

Das gewerkschaftliche Jahr endete entspannt, kämpferisch wird es wieder im neuen Jahr. Es wird eine neue Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst der Kommunen starten, wobei es schwerpunktmäßig um die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes gehen wird.

Dr. Gunther Steiner

Mitglied des Kreisvorstandes der GEW Saalfeld-Rudolstadt

Saalfeld-Rudolstadt

Das ist unser Veranstaltungsplan für 2020!

Datum und Uhrzeit	Veranstaltung
April 27.04.2020 GEW- BÜRO, Rudolstadt Caspar- Schulte- Str. 8 15.30 Uhr Anmeldung bis 20.04.2020	Senioren, wir sind nicht alt, sondern reifer Wir können noch sehr viel: Yoga, Wandern, Museumsbesuch, Theater, Naturerleben oder einfach mal in Erinnerungen schwelgen. Lasst uns treffen und einen Schlachtplan für unsere Aktivitäten erstellen!
Mai 01.05.2020	1.Mai Veranstaltung auf dem Markt in Saalfeld
Mai 11.05.2020 17.00 Uhr Anmeldung bis 04.05.2020	Stammtisch für Kindergärtnerinnen Tarif: TVÖD Was ist anders und neu
Juni	Treffen mit unseren jungen GEW- Mitgliedern Treffen um uns näher zu kommen. Wie geht's uns in Schule, was erwarten wir von unserer GEW
Juni 11.06.2020 16.30 Uhr Anmeldung bis 04.06.2020	Lehrertagsveranstaltung Anerkennung unserer Arbeit als Pädagoge – ein kleines Dankeschön Besichtigung und bei einem Abendessen ein Erfahrungsaustausch Senfmühle, Kleinhettstedt
September	Auf den Spuren von Saalfeld Stadtführung zu den Ursprüngen von Saalfeld
Oktober	Wer trifft alle Neune? Kegeln in Rudolstadt-Schwarza
Dezember 05.12.2020 Weihnachtsfahrt	Weihnachtsfahrt nach Goßlar



Mein
Anwalt.

Mein
Recht.

- Arbeitsrecht
- Verwaltungsrecht
mit besonderer
Spezialisierung auf
Öffentliches Dienstrecht
Lehrerdienstrecht
Schulrecht
- Medizinrecht
- Urheber-
und
Medienrecht
- Onlinerecht

Ihre Anwälte

Matthias Wiese

Dr. Katharina Laschinski

Jan Kühne (in Anstellung)

in Zusammenarbeit mit

Dr. Peter Hauck-Scholz



Fischmarkt 6 · 99084 Erfurt
FON + 49.361.347 90-0
www.wiesekollegen.de

Jubilare März & April

Die GEW gratuliert folgenden Kolleg*innen zum Geburtstag.

89 Jahre

Susanna Friedrich

Rosemarie Janda
Brigitte Kraus
Barbara Weidauer

Jutta Enders
Rosemarie Herzog
Elvira Rothe
Renate Schwarz
Gerd Wagner

88 Jahre

Marianne Sauer

80 Jahre

Prof. Dr. Ing. Edwin
Wagner

65 Jahre

Ulrike Hilgenfeld
Dr. Bernd Martens
Steffi Beck
Sigrid Reichel
Cornelia Degenhardt
Dagmar Unkart
Marlis Obbarius
Willfried Gruner
Cornelia Walther
Ing. Ute Zetzmann

87 Jahre

Gerhard Herz

Christa Thörmer
Dr. Rolf Nutsch
Gudrun Fuchs

86 Jahre

Dr. Dieter Panier

Heide Kehr
Dieter Krause
Ute Malz
Renate Rödiger
Heidi Trebing
Dipl. Ing. Siegfried War-
kotsch

85 Jahre

Harald Hintze
Gustav Aberle
Lieselotte Kirsch

84 Jahre

Heinz Geyer
Isolde Dettmar
Gudrun Kraffert
Dieter Lenz

75 Jahre

Christel Benkenstein
Erika Krannich
Christa Töpfer
Irmtraud Langguth
Bärbel Schmaus
Monika Schmitz

83 Jahre

Werner Brosig
Wolfgang Winter

70 Jahre

Gerlind Werner
Helga Jacob
Dr. Ernst Dietzel
Dieter Köllner
Veronika Müller
Elke Wolter
Karin Oertel
Franziska Rohse
Elvira Maschen
Bärbel Meisch
Helgard Fritsche
Gerlinde Abe
Karola Constabel

82 Jahre

Siegfried Oette
Rolf Franke
Eberhard Dallmann
Jürgen Drescher
Jutta Jähnert
Dr. Ute Müller
Ruth Schubert
Klaus Telke

81 Jahre

Annemarie Noeller
Rosemarie Starkloff
Gerhard Urban



Kyffhäuserkreis

Vorhaben der Senior*innen im Jahr 2020

Die Senior*innengruppe des Kyffhäuserkreises hat für 2020 folgende Aktivitäten geplant:

- | 15.04.20: Weimar Bauhausmuseum (Bus) | | 13.05.20: Kyffhäuser (PKW) |
- | 03.06.20: Leipzig (Bus) | | 01.07.20: Rosarium Sangerhausen (PKW) |
- | 09. oder 16.09.20: Brocken (PKW/Zug) | | 14.10.20: Molsdorf (Bus) |
- | 11.11.20: Artern Bowling (PKW) | | 10.02.21: Alte Schule Wiehe (PKW) |

Weitere Auskünfte erteilt Familie Wendling.

Wer zuletzt lacht...

